

## Der Reichskanzler und die Berliner Communal-Verwaltung.

Unser Berliner Correspondent schreibt:  
Die gestrige und die heutige Reichstags-Sitzung bewiesen, daß der Reichskanzler zur Zeit Redelust und parlamentarische Kampfbereitschaft in einem Maße besitzt, wie seine ältesten Freunde und Gegner es nie, auch nicht in der Zeit, als er noch Herr von Bismarck-Schönhausen, Referendar a. D. war, an ihm gekannt haben. Der gestrige Angriff auf den Abg. Lasker und die an der Politik sich beteiligenden Richter mochte vielfach überraschen, der heutige Frontalangriff gegen die Stadtverwaltung von Berlin, die Berliner Selbstverwaltung und was drum und dran hängt, vor allem gegen die bösartige und unmäßige Fortschrittspartei, wurde mit wachsendem Staunen — meist unter lautlosem Schweigen der Conservativen und Clericalen, — und mit Ausdrücken der Ueberraschung und des Unmuths von der Linken — angehört. Bedauerlicher Weise ließ sich der Abg. Struve, der weder der Fortschrittspartei angehört, noch zur Berliner Communalverwaltung irgend welche andere Beziehungen wie jeder steuerzahlende Bewohner Berlins hat, zu einem ungehörigen Ausdruck des Unmuths durch den Zurschamlos! verleiten. Er meldete sich persönlich, um seinen Ordnungsruf in Empfang zu nehmen und dem Präsidenten die Gelegenheit zu geben, öffentlich darzutun, daß er trotz seiner Stellung als preussischer Unterstaatssekretär beleidigende Erwidierungen des Reichskanzlers auf beleidigende Äußerungen eines Mitgliedes nicht dulde. Der Präsident benutzte diese Gelegenheit nicht, indem er sich durch die revocirende Erklärung des Reichskanzlers weiterer Bemerkungen über den Zwischenfall überhoben hielt. Die sog. lex Tiedemann — richtiger gewiß lex Bismarck — oder Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten, soll die Reichsbeamten vor der Gefahr schützen, durch fortschrittliche Einschätzungscommissionen bei der Miethsteuer der Dienstwohnungen aus politischer Antipathie zu hoch eingeschätzt zu werden; der Reichskanzler scheint anzunehmen, daß er und sein Fr. Tiedemann solcher Maßregelung unterliegen, obgleich der frühere Präsident des Reichskanzleramts, Dr. Delbrück, im vorigen Jahre die relativ niedrige Einschätzung des Miethwerthes der Wohnungen attestiert hat, obgleich heute der Oberbürgermeister Jordan und nach ihm der Abg. Löwe das völlig Ungerechtfertigte solcher Beschuldigung mit bewundernswerther Ruhe in sachlichster Weise darthut. Aber mochte dieser Angriff auf die Unparteilichkeit und Ehrenhaftigkeit der Berliner Selbstverwaltung mit ihren 16,000 Ehrenämtern noch so verlegend sein, überraschender war jedenfalls, daß der Reichskanzler daraus einen Angriff auf die Miethsteuer und das ganze Finanzsystem der Reichshauptstadt formirte, wie es bisher kaum in socialdemokratischen Versammlungen vorgekommen ist. Die Communalverwaltung Berlin bildete bisher den Stolz der Berliner — auch der Conservativen — in allen Großstädten Europas gilt sie als musterhaft, — der Kaiser und der Kronprinz (heute morgen noch sind in allen Zeitungen Schreiben abgedruckt voll des Lobes der Communalbehörden) haben ihre Zufriedenheit oft genug ausgesprochen mit den Leistungen dieser Commune, ihrer Armenpflege, ihren Schulen ohne Schulgeld, ihrer geringen Lasten und wenigen Schulden. Wer die heutige Rede des Reichskanzlers als maßgebend ansieht mit dem so provocirend klingenden wiederholten Appell an den so ungerecht bedrückten „armen Mann“, der muß einen wahren Abscheu gegen Magistrat und Stadtverordnete bekommen und noch mehr gegen eine Bürgerschaft, die sich so etwas gefallen läßt. Wunderbar nur, daß der Reichskanzler sich vor zwei Jahren einen Oberbürgermeister dieser Stadt zum preussischen Finanzminister erkor, obwohl derselbe sich gerade als Finanzmann nicht hervorgethan hatte. Interessant war die kleine Episode Barzin. Als vor einigen Jahren im Landtage ein Gesetz wegen Aenderung der Kreisgrenzen hinterpommerscher Kreise vorgelegt und angenommen wurde, wodurch Barzin vom Schlawer Kreise loskam, munkelte man, das eigentliche Motiv sei, daß der Gutbesitzer von Barzin heftige Conflicte mit Landrath und Kreisausschuß gehabt habe. Wenn dies damals öffentlich in der Presse ausgesprochen worden wäre, würde die betreffende Zeitung sicherlich angeklagt und bestraft worden sein. Heute erzählt der Reichskanzler es offen heraus; er deutet auch an, wie ihm eine Verlegung der Reichsbehörden angenehm sein würde. „Nach Friedrichsruh“ schlug ihm ein Zurschamlos! vor. Trotz alledem wird Berlin — fortschrittlich bleiben.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 9. Sitzung vom 4. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst Bismarck, von Bötticher, Scholz, Stephan, v. Schelling u. A.  
Zunächst wird über den Antrag des Abg. Majunke verhandelt, der Reichstag solle beschließen, daß das gegen den Abg. Stögel beim Landgericht zu Essen, sowie beim Reichsgericht eingeleitete Strafverfahren während der Dauer der Session eingestellt werde.  
Abg. Weseler beantragt, wie es in ähnlichen Fällen schon wiederholt geschehen hat, die Verweisung des Antrags an die Geschäftsordnungscommission, die nur nach eingehender Prüfung entscheiden könne, ob im vorliegenden Falle das privilegium odiosum für Mitglieder des Reichstages, während der Session in kein Strafverfahren gezogen zu werden, zur Anwendung kommen dürfe. Kein Mitglied des englischen Unterhauses, nicht einmal ein irisches habe eine Verletzung der Privilegien des Parlaments darin gefunden, daß Barnell während der Session der Prozeß gemacht worden sei. Hier liegt zum ersten Mal der besondere Fall vor, daß die Sache eines Abgeordneten dem Reichsgericht vorliege, dessen Entscheidung abgewartet werden müsse, damit nicht das Festhalten an der bisherigen Praxis dieselbe in dem Grade bestärke, daß sie auch in Hochverratsproceß, die etwa dem Reichsgericht vorliegen sollten, zur Anwendung komme. Sein Antrag habe, als er zum ersten Mal eingebracht wurde, nur eine Stimme, die des Grafen Moltke, für sich gehabt; seitdem sei die Minorität zu seinen Gunsten sichlich gewachsen.  
Abg. v. Helldorff (Beda) tritt dem Antrag Weselers, ohne der Entscheidung des Hauses vorzuziehen zu wollen, bei, während die Abg. Windthorst und Majunke keinen Grund dafür entdecken können, von der Praxis des Hauses abzuweichen, auch darin nicht, daß der vorliegende Fall der Verleumdung eines Bürgermeisters durch einen Zeitungsartikel den weiten Weg bis zum Reichsgericht gemacht hat.  
Das Haus lehnt den Antrag Weseler ab und tritt dem des Abg. Majunke gegen die Stimmen der Conservativen und der deutschen Reichspartei bei.  
Nachdem auf den Antrag v. Helldorffs der Abg. Weber an Strube's Stelle durch Acclamation zum Mitglied der Reichsschulden-Commission gewählt worden ist, folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung.

Staatssekretär Scholz: Der Reichstag hat dieser Frage gegenüber stets eine nicht bloß wohlwollende, sondern verlangende und drängende Stellung eingenommen. Der jetzt nach Ueberwindung aller Schwierigkeiten eingebrachte Entwurf darf daher wohl allseitige Sympathie begegnen. Daß für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten nicht durch einmalige Capital-, sondern durch jährliche Rentenzahlungen gesorgt werden müsse, ist als ein feststehender Grundsatz anzusehen. Von den zur Auswahl stehenden drei Systemen der Rentenverfugung wollten wir das preussische, wonach nur die verheiratheten Beamten zur Mitgliedschaft bei der auf die Fürsorge für die Wittwen beschränkten staatlichen Versorgungsanstalt verpflichtet sind, hier nicht in Anwendung bringen, weil mannsfähige Klagen gegen dasselbe laut geworden sind. Das zweite 1873 für Elsaß-Lothringen eingeführte System, die Fürsorge lediglich aus Staatsmitteln zu leisten, empfahl sich bei dessen großer finanzieller Tragweite nicht zur Adoption für das Reich. So hat sich denn die Regierung für das in den meisten deutschen Staaten in Geltung befindliche System erklärt, demzufolge sämtliche Beamte, active wie pensionirte, verheirathete wie unverheirathete, Wittwen- und Waisengeldbeiträge entrichten. Theoretisch ist die Regierung von der Auffassung ausgegangen, daß es nach der historischen Entwicklung des deutschen Beamtenbegriffs zu einer gelunden Verordnungsform gehört, für die Wittwen und Waisen der Beamten hinreichende Fürsorge zu treffen. Es wird hier nach der künftigen Bedarfs an Wittwen- und Waisengeldbeiträge etwa zu 1/2 vom Reich und etwa zu 1/2 von den Beamten auszubringen sein.

Abg. Reichensperger (Krefeld) hält es für billig, dieses Gesetz mit rückwirkender Kraft für die Hinterbliebenen schon verstorbener Reichsbeamten zu verlesen, da die Nothwendigkeit der Regulirung dieser Frage doch schon vor 10 Jahren anerkannt sei. Es sei hart, wenn diese Hinterbliebenen lediglich auf Gnadenbeihilfen angewiesen bleiben sollten, während ihnen doch in Wahrheit ein rechtlicher Anspruch gebühre.

Abg. v. Bernuth beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern, deren Aufgabe es auch besonders sein werde, dem vom Vorredner angeregten Punkte gerecht zu werden. Er spreche der Reichsregierung seinen wärmsten Dank für die Energie aus, mit der sie bestraft gewesen sei, die nicht unbedeutenden Hindernisse dieser Vorlage zu beseitigen. Die Hoffnung, die Angelegenheit nach dem Elsaß-Lothringischen System geregelt zu sehen, mußte an den Erklärungen vom Bundesrathstisch, daß auf diesem Wege die Lösung der Aufgabe nicht zu erwarten sei, scheitern. In der That würden auch nach der jetzigen Höhe der Beamtenzahl jährlich über 15 Millionen Mark an Wittwen- und Waisengeldbeiträgen vom Reich aufgebracht werden müssen, allerdings einschließlich der Pensionen für die Hinterbliebenen der Offiziere, Aerzte und Beamten des Heeres und der Marine, deren Heranziehung man sich nach jenem System faum wird entziehen können. Redner bittet schließlich die Commission, ihre Arbeiten zu beschleunigen.

Abg. v. Seydewitz (Wittenberg) schließt sich dem Antrage auf commissarische Verabredung an, da seine Freunde einzelne Bedenken gegen die Vorlage hätten und empfiehlte gleichfalls die mögliche Beschleunigung.

Abg. Lippe: Leider will der Entwurf die Beamten der Armee und der Marine von den Wohlthaten dieses Gesetzes ausschließen, ohne daß die Motive eine genügende Erklärung für diese Ausschließung einer ehrenwerthen Klasse von Beamten geben. Nach den Motiven soll die Anwendung der Bestimmungen des Entwurfs für diese Beamten ohne mehrfache Modificationen und Ergänzungen unthunlich sein. Ich kann das nicht anerkennen und würde vorschlagen, im § 1 hinter „Civilverwaltung“ hinzuzufügen „und der Reichsmilitär- und Marineverwaltung“, die übrigen Paragraphen würden dann ohne Aenderung auch für diese Klasse gelten können. Ich hoffe, daß in der Commission hierüber noch weitere Aufklärungen erfolgen und der Wunsch dieser Beamten, an den Wohlthaten dieses Gesetzes theilzunehmen, erfüllt wird.

Der Gesetzentwurf wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Küstenfrachtfahrt.

Bundescommissar Geh. Rath Köning: Die verbündeten Regierungen haben geglaubt, es zunächst dem Reichstage schuldig zu sein, dieses Gesetz, welches Sie in der vorigen Session aus Mangel an Zeit nicht haben durchberathen können, aufs Neue vorzulegen, umfomehr als das Bedürfnis desselben von allen Seiten anerkannt worden ist. Es hat auch an einer neuen Anregung nicht gefehlt. Bald nach Schluß der vorigen Session ist zunächst an das Reichsamt des Innern eine Petition aus Ostpreußen gelangt, welche von einer großen Zahl von Schiffen, Rhebern und Kaufleuten unterzeichnet worden ist. Diese Petition geht dahin, die Vorlage unverändert wieder einzubringen. Eine andere Petition derselben Richtung ist aus Bismarck gekommen. Den Beschluß, welchen der Reichstag in zweiter Lesung gefaßt hatte, auch den in der dritten Lesung von der Sache freundlich gesinnter Seite gestellten Antrag haben sich die verbündeten Regierungen in dessen nicht aneignen können, denn die freie Action würde durch die Freigebung beschränkt werden. Es blieb ihnen also nichts weiter übrig, als den Gesetzentwurf in derselben Form aufs Neue einzubringen. Ich empfehle Ihnen die Annahme desselben.

Abg. Schlunow: Der Gesetzentwurf ist unüberändert wieder vorgelegt worden, nur den statistischen Zusammenstellungen sind die für 1879 zugefügten, die einen weiteren Beweis dafür liefern, daß der Verkehr unserer deutschen Schiffe an den Küstenfahrten im Auslande im Wachsen, die Beteiligung der fremden Flagge an den Reisen zwischen unseren heimischen Häfen in stetigem Rückgange begriffen ist. Die gründlichen Erörterungen vom vorigen Jahre, die sogar zu einer Annahme des Gesetzentwurfs in wesentlich veränderter Form in zweiter Lesung führten, sind unberücksichtigt, aus den Motiven sind nicht einmal einige damals so entschieden widerlegte Sätze fortgeblieben, während meine damals vorgebrachten Argumente durch die vom deutschen Nationalverein in der vorigen Woche einstimmig angenommene Resolution, die sich für volle Freiheit der Küstenfrachtfahrt ausspricht, bekräftigt wurden. Zugleich betonte der Verein in dem Wunsch nach Verständigung mit der Regierung, daß die im vorigen Jahre beschlossene Fassung des Gesetzentwurfs als die äußerste Concession zu betrachten sei. So denkt man heute noch in den Kreisen der Sachverständigen. Ueber die einzige abweichende Anschauung, die in Rendsburg seitens der Küstenfahrer selbst laut geworden, wurde gleichfalls im Nationalverein verhandelt, wobei sich ergab, daß im Gegensaß zu der trostlosen Lage der Rheederei, namentlich der Segelschiffahrt, immerhin noch gerade die Branche der Küstenfrachtfahrt verhältnismäßig am besten daran und sich durchzuschlagen im Stande sei. Dampfschiffe und Eisenbahnen, die wir ja nicht aus der Welt schaffen wollen, sind der Regel zum Sarge der Segelschiffe in der Küstenfrachtfahrt. Daß das Gesetz eine materielle Bedeutung nicht hat, wurde im vorigen Jahre fast von allen Seiten offen ausgesprochen, nur das Bestreben der Reichs-Regierung, im nationalen Interesse die bezügliche Gesetzgebung einheitlich zu regeln, erweckte Sympathien und veranlaßte auch mich, an dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes mitzuwirken.

Soll die Regierung, wie es leider den Anschein hat, daran fest, daß nur auf dem von ihr vorgeschlagenen Wege diese Materie gesetzlich zu ordnen ist, so wird eine Verständigung in diesem Reichstage sich kaum erzielen lassen, eine Schädigung nach irgend einer Seite dadurch aber auch nicht erwachsen. Der Herr Reichskanzler hat unlängst einen Beirath ins Leben gerufen, um in wirtschaftlichen Fragen durch engste Fühlung mit dem praktischen Leben sich Rath und Unterstützung zu schaffen, und will dieses Institut als behäufte auf das Reich ausdehnen; in der vorliegenden Frage verhält er sich gegen das competente Urtheil der sachverständigen und beteiligten Kreise absolut ablehnend. Die Motive kennen eine Regelung der Materie in dreifacher Weise, das Gesetz kennt nur eine; diese einzige soll angeblich der deutschen Schiffahrt die meisten Vortheile in Aussicht stellen, und alles das in der irrigen Auffassung, daß man sich durch die unbedingte Freigebung der Küstenfrachtfahrt eines wirksamen Verhandlungsmittels begeben. Für die Beilegung an unserer Küstenfahrt, die nach der Meinung der Rendsburger zum Verhängen zu viel und zum

Leben zu wenig einbringt, gewähren Ihnen die sämtlichen in Betracht kommenden Staaten gar nichts; nicht einmal „Schön Dank!“ wird man Ihnen sagen. Und wenn Sie das Recht irgend einem Staate verlegen, so schneiden Sie in Ihr eigenes Fleisch, indem Sie unseren eigenen Handel in seinen anderen Branchen schädigen, und zweitens befreien Sie den betroffenen Staat an irgend einer Stelle des Schiffsverkehrs, von der ihm bisher daselbst gemachten Concurrenz, die niemals ganz zu beseitigen, sondern nur zu verschieben ist! Weil aber die Regierung niemals irgend einem Staate gegenüber mit einer so kumpfen, unbrauchbaren Waffe kämpfen wird, und wir niemals einem fremden Staate die Küstenfrachtfahrt in unseren Waaren verbiethen werden, kann ich die Beschlüsse der Regierung gegen unsere Fassung des Gesetzes nicht theilen, zumal es in England in der von uns gewünschten Form thatsächlich besteht. Das englische Parlament wird sich doch darüber klar gewesen sein, daß es nicht fremden Nationen, sondern seinem eigenen Handelsstande ein Recht einräumte oder bestätigte. Diese Frage ist nicht nach Partei-Anschauungen, nicht am grünen Tisch, sondern nach dem praktischen Bedürfnis für „das grüne Land“ zu entscheiden. Die Annahme des Gesetzes in der von uns beschlossenen Fassung wird bald Nachfolge in anderen Staaten finden; sie ist zeitgemäß, praktisch und unserer nationalen Stellung würdig.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, über das Verhältniß des Bundesraths zu einer abgelehnten Vorlage zu sprechen. Selbst wenn diese Vorlage vom Reichstage im vorigen Jahre vollständig durchberathen worden wäre und diese Beratungen zu einem Beschluß in dritter Lesung geführt hätten, so würde der Bundesrath doch für die verbündeten Regierungen das Recht beanspruchen können, der ihrer eigenen Ansicht zu beipflichten. Es heißt die Gleichberechtigung beider Factoren der Gesetzgebung in Zweifel ziehen, wenn man sagt, daß eine vom Reichstage einmal abgelehnte Sache, wenn die verbündeten Regierungen sich von der Unrichtigkeit ihrer Auffassung nicht überzeugen können, nicht wieder in derselben Form vorgelegt werden dürfe. Aber so liegt die Sache gar nicht einmal, sondern es wird hier verlangt, daß die verbündeten Regierungen, nachdem der Reichstag schon einmal über die Angelegenheit den Stab gebrochen, auf dieses unliebsame Thema nicht mehr zurückkommen; das hieße aber, ihnen das Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung entziehen, wenn sie solche Gesetze nicht mehr vorbringen können. Die verbündeten Regierungen bleiben, die Reichstage wechseln; wir haben es nicht nur mit dem Reichstage, sondern mit dem Reiche zu thun. Es kann ja sein, daß bei fortgesetzter Discussion die Nation und die Wähler sich überzeugen, daß die Regierungen so ganz Unrecht doch nicht gehabt haben. Die Regierungen sind vollständig berechtigt, ihre Politik nicht bloß auf eine Reichstags-Session, auch nicht bloß auf eine Wahlperiode, sondern auf Menschenalter einzurichten und zu berechnen. Wenn die Gesetze einmal gründlich discutirt und dadurch zu einem besseren Verständnis gebracht worden sind, pflegt eine bessere Einsicht einzutreten. Wenn der Reichstag im vorigen Jahre einen definitiven Beschluß gefaßt hätte, so hätte man ja, nachdem die Majorität der mehr oder weniger Sachkundigen oder unter dem Einbruch ihrer politischen Stellung Handelnden dafür gestimmt, von Seiten der verbündeten Regierungen darüber verhandeln können.

Wenn aber die Vorlage, die auch bei anderen Sachverständigen Anfang gefunden hat, nur halb durchberathen oder in die Commission verwiesen wird, so ist dies kein wohlwollendes Mittel, den verbündeten Regierungen ihre abweichende Ansicht zu erkennen zu geben, indem man die Sache dilatorisch behandelt und sie liegen läßt. Während nun der Reichstag den Regierungen das Recht verwehrt, dergleichen Gesetze wieder einzubringen, ist der Reichstag auch nicht erschröken, wenn er eine Resolution faßt und findet, daß die verbündeten Regierungen ganz anderer Ansicht zu sein scheinen. Er beharrt eben fest auf seiner Resolution und wiederholt sie im nächsten Jahre. Wenn man von den Regierungen eine solche schäbige Neugierigkeit verlangen will, dann müßte man doch wenigstens einige Rücksichten auf die Ansichten der Regierungen nehmen, die einen gesetzgeberischen Ausbruch gefunden haben. Es ist aber das gerade Gegentheil der Fall. Der Reichstag, sogar die Minorität, die in den gesetzgebenden Acten vollständig überstimmt ist, trägt keinen Augenblick Bedenken, einen Beschluß der Majorität des Reichstages, der in Uebereinstimmung mit den Bundesregierungen zum Gesetz erhoben ist, für ein Fiasco zu erklären, für eine Sache, die aufzuheben müßte. Die Minorität im Bundesrath hat sich nie erlaubt, gegen ein Gesetz in dieser Weise aufzutreten und dasselbe in den Augen derer, die danach leben sollen, herabzusetzen. Die Herren, welche auf freihändlerischem Standpunkte stehen, haben das Gesetz, welches Sie in Uebereinstimmung mit dem Bundesrath beschlossen haben und als Reichsgesetz gilt, in den schärfsten Worten angegriffen und Anträge auf Aenderung desselben zwar nicht formulirt, aber in der Discussion als nothwendig hingestellt. Was die materielle Seite der Vorlage aber anlangt, so bin ich verpflichtet, den Beschluß der verbündeten Regierungen zu vertreten. Wir sind nicht gesonnen, ein Gesetz zehn Jahre lang hintereinander vorzulegen, aber daß wir schon bei dem ersten Schritt das Gesetz fallen lassen, können Sie nicht verlangen. Beschließen Sie doch erst einmal und dann können wir ja über die Sache verhandeln. Ich bin auch in keiner Weise abgeneigt, eine Commission von Sachverständigen zu berufen und mit ihr die Sache zu besprechen. Aber erst muß ich im Namen der Regierungen um einen fertigen Reichstagsbeschluß bitten und muß mich, zwar nicht im Namen der Regierungen, aber in meinem eigenen, dagegen aussprechen, daß wir so lange mit Verweisung an Commissionen und halben Beschlüssen abespäst werden. Es ist eine berechtigte Taktik der Regierungen, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, jedes Jahr die Vorlage zu wiederholen, bis der Reichstag endlich ja oder nein sagt.

Abg. Dr. Löwe: Der Vorredner hat nicht der Regierung das Recht nehmen wollen, eine nicht zu Stande gekommene Vorlage wieder vorzulegen. Er hat nur beklagt, daß von den Beratungen und Beschlüssen der vorigen Session keine Notiz genommen ist. Es waren dies freilich Veränderungen, denen ich nicht zustimmen kann. Eine Unification der verschiedenen Bestimmungen über diese Materie dürfte allgemeine Zustimmung finden. Man hat nun eine unbedingte Freigebung der Küstenfrachtfahrt andern Nationen gegenüber gefordert. Ich halte es aber für einen Irrthum, daß wir gerade in unserer besonderen Lage uns eines Mittels berauben sollten, um unsere Handelsinteressen zu fördern. Ein Theil der Schiffahrt auf den Canälen in Holland ist mit hohen Lasten belegt, welche die Schiffe, welche oft auf denselben fahren, zwar leicht tragen, anderen, die nur ein paar Male des Jahres dort fahren, werden sie sehr schwer. Ferner wirkt das Gesetz dazu, die seemannische Bevölkerung in Zahl und Thätigkeit zu verkleinern. Ich bitte, das Gesetz anzunehmen, ohne es nochmals an eine Commission zu verweisen.

Abg. Karsten spricht sich ebenfalls gegen das Gesetz aus.  
Der Vortrag des Abg. Karsten war auf der Tribüne kaum verständlich. Er muß aber, wie aus der folgenden Bemerkung des Herrn Reichskanzlers hervorgeht, auf Repressalien des Auslandes, speziell Auslands, hingewiesen haben. Redner betont ferner die Nothwendigkeit der Reciprocität in der Küstenfrachtfahrt der einzelnen Länder und weist darauf hin, daß die Nichtbefolgung dieses Principes zu Repressalien seitens der russischen Regierung in der Erhöhung der Zölle geführt hätte.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner befindet sich in einem vollständigen sachlichen Irrthum, wenn er glaubt, daß die russische Regierung Repressalien gegen uns ergreifen hätte. Die vorige Zoll-erhöhung hat, wie die Entstehungsgeschichte derselben unabweisbar ergibt, einen rein finanziellen Charakter. Ich habe mit russischen Staats-Beamten, die mir nahe bekannt waren, über die Frage verhandelt, und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die russische Regierung vielleicht gar nicht die Zölle erhöht hätte, wenn ihr nicht das Eigentümliche der deutschen Parlamente bekannt gewesen wäre, sich immer gegen Repressalien zu sträuben. Die russische Zoll-erhöhung hat mit der Küstenfrachtfahrt absolut nichts zu thun.

Abg. v. Staubb wird an seinem vermittelnden Antrag in der vorigen Session, der einige Nachtheile des Gesetzes beseitigt, auch jetzt festhalten,



eventuell mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen. Der nautische Verein bezieht auf großen Theil aus größeren Schiffe. Hier aber kamen vorzugsweise die Interessen der kleineren Schiffe in Betracht, welche auf einem dem Gesetze günstigen Standpunkt standen.

Geb. Rath Böning führt aus, daß auch in anderen Ländern, besonders auch in England der Regierungsvorlage analoge Bestimmungen bestehen.

Abg. Roggemann: Die Vorlage ist besser in einer Commission (von 14 Mitgliedern) als im Plenum zu erledigen, zumal der Reichskanzler erklärt hat, daß die Regierung durchaus nicht geneigt sei, bei ihrem Vorschlag zu beharren. Das völlige Ignoriren der vorjährigen Verhandlungen macht auf mich den Eindruck, als ob die Regierung gar keinen Werth auf dieselben legt.

Auf Antrag des Abg. Rickert wird die Vorlage einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Das Haus tritt darauf in die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen, ein.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Die Anzahl der Dienstwohnungen der Reichsbeamten, namentlich in Berlin, ist schon außerordentlich groß. Hier wohnen 251 in 139 Wohnungen. Im preussischen Staat war man bisher mit Dienstwohnungen nicht so verschwenderisch. Die beiden höchsten Justizbeamten der Rheinprovinz z. B. haben bis heute noch keine Dienstwohnung. Man sollte aber darauf ausgehen, die Dienstwohnungen überhaupt möglichst zu beschränken. Dieselben sollten ihren Inhabern nur unüberhältnismäßigen Aufwand und viele andere Inconvenienzen. Ein Amtsgebäude mit Dienstwohnungen entspricht entweder dem öffentlichen oder dem privaten Zwecke nicht. Dabei werden diese Gebäude meist von außen herein statt von innen heraus konstruirt, d. h. man baut eine recht brillante Fassade, nach der dann die Wohnung, so gut es geht, sich richtet. (Heiterkeit.) Man kann dem Beamten natürlich nicht zumuthen, in Mansarden zu wohnen, er bekommt also ein Stadtwerk, welches in gleicher Weise für diesen Privatweck eingerichtet ist, wie für den öffentlichen. Das geht so herunter bis in die Schulbauten. In einer hiesigen Mädchenschule nimmt die Wohnung des Directors 6 Fenster der Fassade ein, während die Schulräume nach hinten liegen. Ein hoher Reichsjustizbeamter wohnt in einem brillanten Stadtwerk, das ihn in die größte Verlegenheit setzt, da Möbel, Bedienung u. s. w. im Verhältnis zu dem Baupreis stehen müssen. Den Maximalfall im § 1 des Gesetzes von 10% finde ich nach meinen Erfahrungen zu niedrig. In Köln kann z. B. ein Beamter mit 2000 Thalern Gehalt eine seiner sozialen Stellung entsprechende Wohnung nicht unter 800 Thalern finden. Er würde also an Miethsteuer das Doppelte von demjenigen, der eine äquivalente Dienstwohnung hat, nach diesem Gesetz bezahlen. Wir wollen aber in dieser Beziehung kein Privilegium für die Reichsbeamten schaffen, das ruft unliebsame Vergleiche hervor und würde dahin führen, daß das System der Dienstwohnungen noch mehr ausgedehnt würde. Im § 2 ist die Abänderung zu treffen, daß die Repräsentationsgelder mit zum Gehalt zu rechnen. Jeder höhere Beamte hat schließlich mittelst seines Gehalts auch zu repräsentiren, und wer viele kleine Gesellschaften geben muß, kommt dabei manchmal theurer weg, als ein Beamter mit Repräsentationsgeldern, der das ganze ballbedürftige Publikum mit einem großen Ball abfindet. (Heiterkeit.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck nimmt darauf das Wort, um in mehr als einstufiger Rede die Vorlage zu verteidigen; seine Rede ist auf der Tribüne schwer verständlich: es können deshalb nur Bruchstücke mitgetheilt werden. Er führt zunächst aus, daß er gegen die Vor schläge des Vorredners principiell Bedenken nicht habe, auch ganz damit einverstanden sei, daß die Dienstwohnungen möglichst eingeschränkt werden. Für die ungewöhnliche Bauart der Dienstwohnungen, die er selbst empfunden habe, könne er selbst nicht verantwortlich gemacht werden, da dies Sache der technischen Beamten sei. Zu welchem Procentfuß das Gehalt der Beamten zur Miethsteuer herangezogen werde, sei ziemlich gleichgültig; man könne auch statt 10 Procent, 20 Procent ansetzen; die Hauptsache sei nur, die Beamten unabhängig zu machen von willkürlicher Einschätzung. Auch der Zuschlag der Repräsentationsgelder zum Gehalt würde er nicht widersprechen. Er gehe aber weiter als der Vorredner. Jeder politische Minister müsse dahin wirken, daß die Miethsteuer überhaupt ganz abgeschafft werde, welche die drückendste aller Steuern sei, die überhaupt gefunden werden könne. Die Fische befähigen in drei größeren Städten, Berlin sei mit 93 Procent an dem Gesamttrag beteiligt. Der Berliner Magistrat habe schon in einer Eingabe von 1862 (welche Kiedner vorliest) auf das Ungerechte dieser Steuer hingewiesen, welche 58 Procent der gesamten städtischen Besteuerung ausmache. Sie sei keine Einkommensteuer, da sie nicht annähernd im Verhältnis zum Einkommen stehe. Nichtsdestoweniger habe der Magistrat teurer Verträge gemacht, die Steuer zu beseitigen. Sie treffe den Armen mehr als den Reichen, den Kinderlosen weniger als den Familienvater, und belaste den armen Mann mehr, als Korn- und Petroleumzölle. Die Stadt Berlin erhebe 10 Mark pro Kopf; das würde verallgemeinert für das Deutsche Reich 450 Millionen Mark ergeben.

Es sei eine dringende Aufgabe der preussischen Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieser reformbedürftige Zustand in der Hauptstadt des Deutschen Reichs aufhöre, das werde zur Erleichterung vieler armer kühler Leute beitragen. Die Sicherheit des Eingangs dieser Steuer liege nun an der scharfen Execution, die oft zu einer Calamität für das ganze Leben werde. Das Finanzsystem dieser Stadt erweise überhaupt im allerhöchsten Maße reformbedürftig und den Erfordernissen nicht entsprechend, die man an eine so große Verwaltung stellen müsse, weil in der städtischen Finanzverwaltung nicht allein die wirtschaftlichen Interessen, sondern die politischen Exerzieren der Partei, der sie angehört, maßgebend seien. Das man daselbst die indirecten Steuern ganz durch directe beseitigt habe, zeigt eine Unbekanntheit der Herren mit den Traditionen des Steuerwesens überhaupt. Der ganze Fremdenverkehr in Berlin, der sich auf Millionen belaufe, sei steuerfrei, und für deren Vergnügen müsse der arme Mann und kleine Beamte mit kümmerlichem Gehalt die Steuern zahlen, weil es dem Magistrat an dem Geld und der Umsicht fehle, die man von einer für das gesamte Wohl des Staates so wichtigen Verwaltung, wie die von Berlin, verlangen müsse. Wenn die Reichsfinanzverwaltung das gemacht habe, so habe die von Berlin ein noch viel glänzenderes Facies gemacht. Der Hausbesitz im Werthe von noch nicht 2 Milliarden ist mit 3 Milliarden Hypothekenschulden belastet. Wollte die Verwaltung den armen Mann entlasten, so müsse sie die jetzige Steuerpolitik der Reichsregierung unterstützen, um durch indirecte Steuern auf Tabak, Branntwein und andere Luxusgegenstände die Mittel dazu zu beschaffen. Die Schulast und Armenpflege sei eigentlich Sache des Staats, denn dieser habe sie gesetzlich eingebracht.

Der Magistrat von Berlin hätte also vor Allem dafür agiren müssen, daß der Staat die Kosten dieser Lasten übernehme. Die directen Steuern treffen nicht das Brot, sondern, vermöge der Execution, das Recht zu atmen und zu leben. In Paris lebe man weit billiger als in Berlin, und auch hier habe man früher bei der Maß- und Schlachtsteuer billiger und besser gelebt als jetzt. Berlin habe nur die Hälfte der indirecten Steuern beibehalten, aber die schlechtere Hälfte. Die Miethsteuer von 33 1/2 Procent betrage bei Beamten schon mehr als den höchsten zulässigen Satz der Besteuerung des Gehalts von 2 Procent, wenn man ihre Wohnung mit 80 Procent des Dienst Einkommens einschätze. Die Beamten des Reichs genossen aber nicht den nöthigen Schutz gegen ungerechte Besteuerung. Sie würden, wo es sich um den Stadtschatz handelt, nicht gerade mit billigem Wohlwollen behandelt. Der Grundfalsch, daß man keine Steuern zahlen solle, die man nicht bewilligt hat, finde bei ihnen keine Anwendung, da sie keinen Vertreter in der Stadtverwaltung hätten, der dem reformbedürftigen Zustand der Stadtfinanzen ein Ende zu machen suchte. Die städtischen Beamten seien in ihren politischen Agitationen keiner Einschränkung unterworfen, und dürften es auch nicht sein. Aber wenn schon über jeden auf einen Abgeordneten ausgeübten politischen Druck die größte Empfindlichkeit geäußert werde, um wie viel mehr müsse ein Minister vor solchem politischen Druck geschützt sein! Dies sei aber keiner Partei gegenüber der Fall. So habe ihn als Oculist der im Schlaraffen Lande der seinen damaligen beständigen politischen Gegnern, der äußersten Rechten angehörige Kreisaußschuß seine politischen Handlungen im Privatleben Retts büßen lassen, so daß er sich in den duldsameren Rummelsburger Kreis versetzen lassen mußte. (Heiterkeit.)

Als ein Beispiel, in welcher Weise die Miethwerthe der Dienstwohnungen geschätzt werden, wolle er nur anführen, daß seine frühere Wohnung, wo er so eng gewohnt habe, wie niemals seit seiner Studentenzeit, auf 9000 Mark eingeschätzt gewesen sei. Er habe sich das ruhig gefallen lassen, nachdem man ihn aber in seiner neuen Wohnung auf 15,000 Mark geschätzt habe, er reclamirt. Eine Folge dieser Reclamation sei eine Erhöhung der Einschätzung auf 22,400 M. gewesen. (Große Heiterkeit.) Wenn man erwidere, daß die ganze städtische Verwaltung ausschließlich in den Händen der Fortschrittspartei sich befinde, so fühle er sich bei solchen Erfahrungen fortgeschritten angepaßt und könne sich des Gedankens kaum erwehren, daß er für seine Sünden als Minister büßen müsse. (Heiterkeit rechts. Links: Schamlos!) Ein Herr auf jener Seite erlaube sich soeben eine ganz unbedachte Bemerkung! (Große Bewegung.) Offenbar ist sie von Jemand gemacht, der selbst keine Scham besitze. (Lebhaft Unruhe.)

Präsident von Cöster versichert, daß er den Ruf nicht gehört habe, da er den Urheber desselben sonst sofort zur Ordnung gerufen haben würde. Fürst Bismarck: Ich habe ihn aus jenen Reihen (nach links weisend) deutlich gehört. Der Herr, der ihn gebraucht hat, wird wohl den Muth haben, sich zu seiner Aeußerung zu bekennen.

Abg. Strube: Ja wohl! Ich bin es gewesen.

Präsident v. Cöster: Nach dieser Erklärung rufe ich den Abg. Strube hiemit zur Ordnung.

Fürst v. Bismarck fährt hierauf in seiner Rede fort, weist darauf hin, daß er bezüglich der Reichsbeamten weniger auf hohes Gehalt, als auf gute Behandlung setze und bittet um Annahme der Vorlage.

Abg. Strube: Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, nachdem er mir gegenüber den Ordnungsruf ausgesprochen, was er dem Reichskanzler gegenüber thun wird, der mir gesagt hat, daß ich keine Scham kenne.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Zu meiner Rechtfertigung will ich bemerken, daß ich meine Aeußerung gethan, bevor der Unterbrecher sich genannt; nachdem er sich genannt, nehme ich den Ausdruck zurück. Jeder Abgeordnete kennt gewiß Scham.

Abg. von Müntinghode betont sein und seiner Freunde Einverständnis mit dem Zensur des vorliegenden Gesetzes, verkennt indessen nicht, daß die Fassung desselben doch eine zu enge sei und beantragt, Zwecks eingehender Erwägung, Verweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. von Jordan bed: Der Reichskanzler hat diesen Anlaß zu einer herben Kritik einer großen städtischen Verwaltung benutzt, der auch von anderer Seite die Anerkennung nicht verlagert wird. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich, unvorbereitet auf diesen Angriff, im Augenblick nicht im Stande bin, denselben seiner ganzen Tragweite nach zu widerlegen. Ich behalte mir das für eine andere Zeit vor, muß aber auf einzelne Sätze schon jetzt eingehen. Der Berliner Etat für das Jahr 1881/82 balancirt mit 42 Millionen Mark. Davon werden aufgebracht durch directe Steuern 22-23 Millionen, darunter durch die Miethsteuer 9,550,000 Mark und durch die Einkommensteuer 9,798,171 Mark. Wenn nach dem Plane der Regierung die Hälfte der Gebäudesteuer mit in maximo 2 1/2 Millionen und die Klassensteuer mit 1 1/2 Millionen zur Ueberweisung gelangt, so würde doch durch diese 4 Millionen im Verhältnis zu jenen 22 Millionen eine wesentliche Verringerung in der städtischen Finanzverwaltung bei den fortschreitenden Bedürfnissen der Commune nicht herbeigeführt werden. Die Miethsteuer drückt nicht so sehr den Rentier und den Beamten, als den mittleren Gewerbetreibenden, der sie indessen durch sein Gewerbe zum Theil wieder einbringt. Sie besteht in Berlin schon seit 1815, also seit zwei Menschenaltern, — allen Angriffen zum Trost, die gegen sie erhoben wurden. Es läßt sich in Berlin kein finanzieller Zustand schaffen, den die Bedürfnisse der Hauptstadt genügend, welcher von der Miethsteuer abstrahirt. Der Reichskanzler hat ferner hervorgehoben, daß diese Steuer vorzugsweise die Armen, die Schiffsleute, drücke. Von den Schiffsleuten wird indessen keine Miethsteuer erhoben, sondern nur von den Inhabern selbstständiger Wohnungen. Ich verweise in dieser Hinsicht auf § 10 des Miethsteuergesetzes.

An der Beratung über die Abschaffung der Schlachtsteuer in Berlin habe ich keinen Antheil genommen. Ich befand mich damals in Breslau und bin dort für die Beibehaltung der Steuer eingetreten. Als ich aber nach Berlin kam, habe ich nach objectiver Erwägung aller Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, daß ich seiner Zeit hier wahrscheinlich für Aufhebung der Schlachtsteuer gestimmt haben würde. Wenn das Bestreben der städtischen Behörden dahin gegangen ist, das Leben in Berlin möglichst billig zu gestalten, so hat vorzugsweise die Aufhebung der Schlachtsteuer dazu geführt, und unsere Pläne sind erst in dem Augenblicke durchkreuzt worden, als die neue Zoll- und Steuerpolitik des Reichskanzlers ins Leben trat. Die Kosten des einfachen und billigen Lebens sind dadurch viel mehr gestiegen, als der Erlös an directen Steuern im Einzelnen beträgt. Ich habe diese Ueberzeugung auf Grund der Erfahrungen gewonnen, die mir an der Spitze einer so großen Verwaltung zugänglich waren. Das vorliegende Gesetz bitte ich Sie abzulehnen, weil dazu keine gesetzgeberische Nothwendigkeit vorliegt. Der Reichskanzler hat zu meinem lebhaften Bedauern der Communalverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie in der Besteuerungsfähigkeit nach politischen Parteinteressen handle. Ich muß das gegen entschieden Verwahrung einlegen. Das Regulativ für die Serbisverordnungen vom 3. Juli 1871 genährt den vollständigen Schutz gegen jede Willkür und Parteinahme. Wir haben 226 Serbisverordnete, die sämmtlich ihr Amt als Ehrenamt verwahren.

Was soll aus einer großen Hauptstadt werden, wenn das hauptsächlichste conservative Element, die Träger der Ehrenämter, in dieser Weise angegriffen werden? Die 226 Serbisverordneten stehen unter der Aufsicht einer Deputation, die sich periodisch versammelt und in der die Einschätzungen vorgelesen werden. Im Falle der Reclamation entscheidet eine Revisionscommission, in der ein Magistratsmitglied den Vorsitz führt und außer dem Serbisverordneten das betreffende Bezirks zwei andere sitzen. Endlich steht noch die Beschwerde an die Staatsbehörden offen. Wie soll bei diesem Mechanismus ein politisches Parteinteresse sich geltend machen können? Die Dienstwohnung des Reichskanzlers ist nicht auf 22,380 Mark, sondern bloß auf 20,000 Mark (Widerspruch des Reichskanzlers) eingeschätzt; der Miethsteuerbetrag davon beträgt 671 Mark 40 Pf., nicht 746 Mark. Vergleichen man diese Einschätzung mit der anderer Wohnungen in derselben Gegend, so muß man zu dem Schluß kommen, daß dieselbe durchaus angemessen ist. Der Miethwerth des unmittelbar neben der Dienstwohnung des Reichskanzlers befindlichen Palais des Fürsten Pleß ist auf 65,790 M. eingeschätzt (Schrift); die englische Botschaft auf 60,000 Mark, die Wohnung des Herrn von Meißner auf 61- bis 62,000 Mark. Von einer Prägnanz des Reichskanzlers kann danach gewiß nicht die Rede sein. Die Annahme dieses Gesetzes würde auch sonst zu großen Unzulänglichkeiten führen, da doch gewiß die Staatsbeamten dasselbe Privilegium für sich in Anspruch nehmen könnten, daß hier für die Reichsbeamten verlangt wird. (Weisung.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Vorredner sagt, die Beamten wären schuld, daß die Stadt 900,000 Mark mehr ausbehalte wie sonst. (Auf links: Nein!) Er hat wohl sagen wollen, sie nimmt 900,000 Mark weniger ein, als wenn die Beamten, was ungerecht wäre, in ihrem Zwangsaufenthalt wie vollbürtige Bürger besteuert würden. Wäre der Stadt vielleicht gedient, wenn, wie ich schon oft gesagt habe, der Reichstag und die Centralbehörden in einer anderen, weniger bevölkerten Stadt lägen. Der Vorredner leugnet einen politischen Einfluß wegen der Mannigfaltigkeit der Finanzen. Es ist doch wohl bekannt, daß in Berlin der Fortschritt regiert und ein fortschrittlicher Ring die Stadt beherrscht. Wie kommt eine andere Partei auf? (Unruhe links.) Alle Instanzen gehören derselben Partei an, die bei allen ihren ausgezeichneten Eigenschaften doch am meisten politische Empfindlichkeit auf das Privatleben überträgt. Nehmen Sie das nicht übel (nach links). Ich habe diese naturgeschichtliche Beobachtung gemacht. Die lebhaften Ausdrücke der Entrüstung, z. B. das vielfache Hört! Hört! kommt bei keiner anderen Partei vor. Es ist die Lebhaftigkeit der Empfindung, die Ueberzeugungstreue vielleicht stärker als bei einer anderen. Das bewährt sich auch in der Berliner Stadtverwaltung. Obgleich ich die Schlüsse des Vorredners in Berliner Details aus Erfahrung anerkenne, so ist seine Berechnung betreffs der Dienstwohnung des Geh. Rath's Liebmann doch irrtümlich. Ich weiß nicht, wie das Exemplar mit den 6 Mark mehr oder weniger stimmen soll. Ich habe ja auch gesagt, finanziell ist die Sache gleichgültig. Unser Bestreben ist, als Beamte von der Communalregierung und dem in ihr herrschenden Geiste unabhängig zu sein. Wir verlangen Schutz und Dedand. Die Herren stellen sich als unschuldige Kinder hin, ich glaube aber, die Regierungen kennen selten die Einbrüche der Regierten. (Sehr wahr! links.) Ich freue mich der Zustimmung, hoffentlich haben Sie mir auch in meinen Reclamationen gegen die allmächtige und für mich gänzlich unappellable Stadtverwaltung bei.

Die Vorschläge, daß die Beisitzigen benachrichtigt werden sollen, ist bei mir nicht inne gehalten worden, ich würde sonst appellirt haben. Ich habe mich an das Ministerium des Innern gewandt, welches erklärte, incompetent zu sein und mir nicht bestimmen zu können. Deshalb habe ich den Weg der Gesetzgebung betreten. Die 2 Procent, von denen gesprochen wurde, treffen immer nur ein fictives Einkommen, nicht das wirkliche, sonst müßte ja z. B. Geh. Rath Liebmann von seinem Gehalt von 9000 Mark nur 180 M. bezahlen. In Wirklichkeit bezahlt er 250 M. Die Einschätzung hat ja auch keine Grenze. Mein Grundfalsch ist bekanntlich für 2,200,000 Thaler gefaßt. Man könnte also als Miethwerth 6-7 Procent der Kaufsumme berechnen. Die Daten von benachbarten Häusern, die der Vorredner angeführt hat, stimmen nicht. Er hat übersehen, daß ich nicht Miethsteuer vom ganzen Hause, sondern nur von meiner Privatwohnung zahle, die nicht ein Viertel des ganzen Hauses ausmacht. Das andere sind Bureau. Eine Abschätzung des Hauses von Außen oder nach dem Kaufwerth wäre völlig falsch. Es ist z. B. mit dem Palais des Fürsten Pleß gar nicht zu vergleichen. Wenn der nur auf 65,000 Mark Miethwerth abgeschätzt ist, so behaupte ich, daß ich mit meinen früheren 15,000 M. schon zu hoch eingeschätzt war. Gegen die weitere Möglichkeit, im nächsten Jahre auf 30,000 eingeschätzt zu werden, bin ich wehrlos gegen die städtische Ver-

waltung. Ich fordere jeden Miethverkaufligen heraus, ob die Zimmer, die ich überhaupt bewohne und die ich mir auch sonst nicht herausgeschafft haben würde, nur um 3000 Thaler zu vermieten wären. Und noch sind sie so eingeschätzt. Ich weiß, daß ich unter den Linden, wo die Wohnungen noch theurer sind, das, was ich brauche, für 3000 Thaler mieten könnte. Der Herr Vorredner hat mich nicht widerlegt, denn Facta schlagen, und er war mit denselben unbekannt. Wie kann er auch Alles wissen, der Millionen regiert und noch im Reichstag und in der Politik zu thun hat. Den Tadel meiner Bemerkung über politische Einflüsse muß ich mir gefallen lassen; ich tadle meinerseits die Abhängigkeit, mit der man sie abtreibt. Mein Satz von 10 Mark pro Kopf stimmte nun nicht, weil ich die neue Zahlung noch nicht berücksichtigt hatte.

Für das Jahr 1876 aber ist er richtig, und es würde die Miethsteuer, auf das Reich übertragen, 450 Millionen ergeben. Wenn der Vorredner berechnet, daß Berlin aus der Steuer- und Zollreform nur einen Betrag von 4 Millionen ziehen könne, so möchte ich ihn doch bitten, von einem Betrage von 4 Millionen nicht so ganz gering zu denken. Sie wären mit dieser Summe im Stande, beinahe die Hälfte der Miethsteuer zu erlassen. Das wäre eine außerordentliche Erleichterung, namentlich wenn die ärmeren Mieter dabei berücksichtigt wären. Ich gehe aber in meinen Reformbestrebungen noch erheblich über diese 4 Millionen hinaus. Wir wollen in Preußen die Schule so reformiren, daß den Gemeinden die Last des Elementarunterrichts ganz oder zum größten Theil abgenommen wird. Die Gesetzgebung nach dieser Richtung ist schon unter Falk und von dem jetzigen Ministerium vorbereitet. Die Schulausgaben für Berlin betragen, wenn ich nicht irre, 6 oder 8 Millionen. Ich halte mich deshalb für berechtigt, nach wie vor um Unterstützung der regierenden Herren der großen Städte zu bitten, wenn ich die Zoll- und Steuerreform weiter ausdehnen und anführen. Sie werden sich dadurch den Dank ihrer Gemeinden erwerben und der Regierung ihre Aufgabe sehr erleichtern. In dieser Beziehung sollte wirklich mehr das wirtschaftliche Bedürfnis der Städte als die politische Ueberzeugung der Herren maßgebend sein. Wenn der Vorredner anfängt zu Gunsten der Miethsteuer, dieselbe bestimme seit 1815: dann muß man in der That erschrecken, daß diese ungeheure Summe von Ungerechtigkeit schon so lange dauert, und sich über die Gebuld der ärmeren Bevölkerung hinaus. Ich muß annehmen, daß die Herren Stadtverordneten seit 1815 mit ganz anderen Dingen als mit den wirtschaftlichen Fragen ihrer Stadt beschäftigt gewesen sind und sich um das finanzielle Wohl der Einwohner sehr wenig gekümmert haben. (Unruhe links.) O, Sie werden ja natürlich sehr thätig sein, und ich habe meinerseits zur Verbesserung schon die Hand geboten, indem ich als Handelsminister in Preußen für eine kleine Senkung der Schlachtsteuer — vielleicht eine recht große — eingetreten bin. Im meine das Schlachthausgesetz.

Ich glaube, hierdurch bewiesen zu haben, daß ich keine Ränke bege wegen der schlechten Behandlung, die ich nach meiner Ansicht in Berlin erfahren, und hoffe, daß Berlin und die anderen großen Städte mir dafür dankbar sein können. Trotz aller entgegengesetzten Principien habe ich mich dabei des Beistandes der Vertreter der großen Städte erfreut. Ich gebe also die Hoffnung noch nicht auf, daß ich für weitere Schritte auf dieser Bahn der Erleichterung der beschlossenen Klassen von den directen Steuern auch weitere Unterstützung finden werde. Wenn der Vorredner mich dahin berichtigen zu können glaubt, daß die Schlachtsteuer nicht direct Miethsteuer zahlen, so ändert das an sich ja gar nichts. Es ist wieder dieselbe freitragende Frage, ob der Consumst die Steuer trägt, ebenso wie beim russischen Zoll. Trägt diesen Zoll etwa der eingeborene Russe? Ist der beträft darüber, daß dieser Grenz Zoll erhöht ist? Ich habe nie etwas davon gehört. Ich habe nur Klagen der deutschen Kaufmannschaft gehört. So ist die Sache auch hier. Die Miethsteuer wird von den Schlachtstallbesitzern für die Schlachtstallinhaber mit bezahlt; und daher kommen die wenigen Ausfälle, Was die Ziffer meiner Einschätzung anbelangt, so habe ich dieselbe hier in einem amtlichen Actenstück. Ich zahle hiernach 746 M. Miethsteuer für einen geschätzten Miethwerth von 22,380 M. Vor mir liegt der Anschlag mit der Unterschrift des mir politisch wohl bekannten Hrn. Hagen. Der Herr Vorredner ist also im Irrthum, wenn er behauptet, daß der geschätzte Miethwerth meiner Wohnung nur 20,000 M. betrüge.

Abg. Steller beantragt, die Vorlage einer Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Löwe (Berlin): Der Gegenstand selbst, um den es sich hier handelt, ist, wie ich schon im vorigen Jahre bemerkte, nur von kleinlicher Bedeutung; nicht so die Formfrage, welche der Reichskanzler daran geknüpft hat. Ich habe den Eindruck, daß er bei dem über die Verwaltung der Stadt Berlin abgegebenen Urtheile sich in einer großen Unkenntnis der Sache und der Personen befindet. Es ist nach der Organisation und dem Geschäftsgang der Berliner Verwaltung absolut unmöglich, daß die Beamten, speciell in der hier in Rede stehenden Abtheilung irgend eine nach politischen Tendenzen handeln. Der Reichskanzler scheint nicht daran gedacht zu haben, daß die Beamten, denen er ein gewisses pflichtmässiges Verhalten vorwirft und die vielleicht zu einem gleichen Theil aus streng Conservativen wie Fortschrittlichen bestehen, in Eid und Pflicht genommene Beamte der Stadt Berlin sind. Die vielen abweichenden Urtheile gegen die Verwaltung der Stadt Berlin, welche neuerlich laut werden, kommen zu 99 pCt. aus Kreisen, welche nicht das mindeste Verständnis für die Verhältnisse der Stadt Berlin haben und sich niemals davon überzeugt haben, ob die ihnen gemachten Mittheilungen auf Wahrheit beruhen oder nicht. Sie stammen aus den Kreisen, die dem Reichskanzler das Wort von dem „fortschrittlichen Ring“ in den Mund gelegt haben, eine Verleumdung, von der ich nicht erwartet hätte, daß sie aus so hohem Munde wiederholt werden würde. Dieser Ausdruck, der aus New York stammt, und das verbrecherische Treiben einer ephemerischen Stadtverwaltung bezeichnet, die schließlich trotz ihres mächtigen Einflusses ins Gefängnis wandern mußte, kann hier in Berlin von denjenigen Kreisen gebraucht werden, die sich mit dem Namen Ruppel deden und denen es nur darum zu thun ist, eine teubenzijöse Opposition gegen die Stadtverwaltung wegen der politischen Meinungen ihrer Mitglieder zu erregen. Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler, dessen große Verdienste ich anerkenne, niemandem in ungeredeter Weise zu nahe treten will. Er sollte aber gerade in seiner hohen verantwortlichen Stellung davon Abstand nehmen, jemand mehr als auf die Fühler zu treten.

Den erbosten Vorwurf gegen die Stadtverwaltung von Berlin wird der Reichskanzler niemals rechtfertigen und entschuldigen können und der Stadtverwaltung selbst wird dadurch nur das Leben sauer gemacht. Der Stadtverwaltung wird von den allerhöchsten Behörden bezeugt, daß sie mit der größten Aufopferung die Geschäfte führt. Sie hat mit verhältnismäßig geringen und gerechten Steuern so viel geleistet, wie der Reichskanzler wohl mit seiner Jollypolitik nicht für die ganze Bevölkerung, indem sie ein durchdachtes Steuersystem durchführt. Mit nur 100 Procent Einkommensteuer und ohne Consumsteuer hat sie schon heute das Schulausgab abgedeckt, das der Reichskanzler überall beseitigen will. Wenn ihr nun wirklich die 4 1/2 Millionen Mark dafür erstattet werden, so ist das ein Tropfen ins Meer und muß durch indirecte Steuern gerade aus denjenigen Kreisen aufgebracht werden, denen die Schulgeldbefreiung zu gute kommt. Mit der Aufhebung der Maß- und Schlachtsteuer haben wir den Fremdenverkehr erleichtert und gefördert und dadurch indirect mehr genützt, als der Reichskanzler mit seinen Steuern. So schlecht wie die Hölle auf Lebensmittel ist die Miethsteuer noch lange nicht, denn die letztere richtet sich immer nach der Art der Wohnung, während die indirecte Steuer die Inhaber kleiner Wohnungen in derselben Weise trifft, wie die große. Deshalb ist die Miethsteuer tausendmal besser als die, mit welcher uns der Herr Reichskanzler beglückt. Jedenfalls aber haben wir bei dieser Sachlage fürwahr keine Ursache, uns nach den Fleischnissen von Paris zu sehnen, denn dieses erhebt 3-5 mal soviel indirecte Steuern als wir. Der Reichskanzler will die Unabhängigkeit der Reichsbeamten von den communalen Behörden durch eine Einschätzung derselben nach einem festen Procentfuß ihres Einkommens herbeiführen. Wir ist nicht bekannt, daß außer dem Reichskanzler irgend ein anderer Beamter derartige Klagen und Vorwürfe erhoben hat. Es bestehen für die Einschätzung ganz besondere Normen, nach denen sich die Einschätzungskommission unbedingt zu richten hat. Wir haben daher keine Ursache ein derartiges Gesetz einzubringen, und der Reichskanzler hätte dazu am wenigsten Grund, da eine große Anzahl von Beamten verhältnismäßig niedriger eingeschätzt sind als die Handwerker und Arbeiter. Was die speziellen Klagen des Herrn Reichskanzlers bezüglich seiner Miethsteuer betrifft, so kann ich mich den Ausführungen des Abg. v. Jordan bed nur anschließen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Trotz vorgerückter Zeit kann ich auf eine Entgegnung nicht verzichten. Der Vorredner hätte auf die Widerlegung der Argumente, die ich bereits widerlegt zu haben glaube, verzichten sollen. Der nochmalige Hinweis auf das Palais des Fürsten Pleß ist hinwiegend durch die einfache Thatsache, daß ich durchaus nicht, wie jener, das ganze Haus zu verkaufen habe. Ich kann nicht dulden, daß dieser unrichtige Vergleich ins Publikum einbringe. Auf diese Weise können mir die Discussion bis morgen fortsetzen. Der Vorredner hat den alten national-ökonomischen Irrthum wiederholt, daß die Pariser indirecte Steuer, das octroi, von den Pariser selbst bezahlt werde. Es ist das dieselbe Geschicht-



wie mit dem russischen Zoll, als wenn die Russen den Zoll trügen, den wir an der Grenze um 10 pCt. höher als früher bezahlen müssen. Sie be-  
dürfen dieser Fiktion, daß die Consumenten bezahlen, deshalb lassen Sie  
sich durch keine Gründe widerlegen. Ich würde außerordentlich überrascht  
sein, wenn der Abg. Löwe mir in irgend einer Weise zumutete. Er spricht  
natürlich pro domo, ich gewissmaßen auch (heißt es). Daß er in langer  
Reihe mich zu widerlegen versuchen würde, habe ich erwartet. Er ist auf  
Engste mit der von mir getadelten Berliner Finanzverwaltung verknüpft  
und meine Kritik ist recht eigentlich an seine Adresse mit gerichtet. Ich  
dachte übrigens, er stände — wie er sagt — nicht mitten in der Fort-  
schrittspartei, sondern in der linken Gruppe derselben, unter Umständen,  
wie ich dachte, in einer andern nahe verwandten Partei. — Ich  
acceptire aber sein Bekenntnis, er rückt dadurch in meinen Augen  
viel weiter rechts als bisher. Beim Vergleich der Berliner Communal-  
steuer mit denen der westlichen Städte, vergißt er eben gerade die  
Mietsteuer, die uns befehligt. Wenn er diese hinzurechnet, dann bezahlt  
Berlin 200 pCt. Außerdem haben die Städte im Westen unter Umständen  
mehr nutzbringende gemeinsame Einrichtungen als Berlin. Es besteht an  
Mietsteuer 10 Mark pro Kopf, wie ich immer wiederholen muß. Nachdem  
die Bevölkerung gestiegen, ihre Wohlhabenheit aber gesunken ist, stimmt das  
Grenzpunkt nicht mehr ganz genau. Ich habe aber die Schuld dafür wesent-  
lich in dem irrtümlichen und fehlerhaften Finanzsystem der Stadt. Das  
Urtheil wiederhole ich, ich habe ein Recht zu demselben, ebenso wie die  
Herren das Recht haben, von der Richtigkeit ihrer Sache überzeugt zu sein.

Ich halte es für meine Pflicht, gerade in meiner hohen Stellung, wenn,  
wo auch jedes Wort ein weitverbreitetes Echo hat, der Klage die Schellen  
umhängen und die Sache öffentlich zu besprechen, wie ich sie auffasse,  
umsonst, als sonst Niemand gegen die Farbe, die Berlin befehligt, auf-  
kommen kann. Ich habe gesagt, der Ring und der Vorredner hat, um mir  
eine Beleidigung imputiren zu können, diesen Ausdruck auf einen Ur-  
sprung zurückgeführt, an den ich nicht entfernt gedacht habe. Der  
Ausdruck ist ein üblicher, bei uns geläufig und zutreffender. Bedenkt  
der Herr Vorredner nicht, daß er alle männlichen und weiblichen  
Besucher des Stating-Ring beleidigt, wenn er in jedem Ring einen  
Verbrecher sucht. Ich habe nur ausdrücken wollen, daß es eine  
nicht richtige Ausbildung des Parteibewußtseins ist, wenn eine einzelne Stadt  
einem unfertigen Parteibewußtseins so rechtloslos verfallen ist. Der Vor-  
redner hat mir Unkenntnis der Sachen und Personen vorgeworfen, er  
war aber nicht im Stande, mir einen einzigen Irrthum nachzuweisen.  
Ich nenne es keine Verdächtigung, wenn ich sage, jemand sei ein schlechter  
Financier. Technisch haben die Herren uns Minister oft gesagt. So  
viel Respect habe ich vor den Herren dieser Stadt nicht, daß ich nicht  
versuchen sollte, Remedur zu schaffen, wenn ich etwas Schlechtes sehe.  
Kleinigkeiten waren das nicht, worüber wir verhandelt haben, sonst würde  
das Haus nicht so geduldig zugehört haben. Es geht aber immer so; wie  
gestern ein Herr von jener Seite sagte, was auf der rechten Seite und am  
Regierungstische tadelnswürdig ist, ist immer das Kamel, und was hier  
wastet, ist keine Mücke, und sie sich nur ein nervöser Minister kümmert.  
Ich möchte den Herrn Vorredner bei dem großen Einfluß, den er auf die  
Stadtverwaltung hat, und bei der großen Verantwortlichkeit, die er für die  
unzulänglichen Ergebnisse derselben trägt, darauf aufmerksam machen, daß  
das Schicksal des armen Mannes und die ungerechte Besteuerung desselben  
niemals Kleinigkeiten sind. Wie würde ein Minister von den Zeitungen  
behandelt werden, wenn er 10 pCt. vom Staatshaushalt eine Kleinigkeit  
nennen wollte. Die Zeitungen sind aber nicht auf unserer Seite, sie haben  
eben auch ihren Ring. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Commission  
von 14 Mitgliedern verwiesen. Schluß 5 1/2 Uhr.  
Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Gesetzentwurf betr. Einführung  
zweijähriger Staatsperioden.)

Berlin, 4. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem  
Heldprophet der Armee, Ober-Consistorialrath und Hofprediger Dr. theol.  
L. Heinen zu Berlin den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse  
mit Eichenlaub; dem Sanitätsrath Dr. Wolff zu Sprottau und dem Pastor  
Meißner zu Pirmasens, im Kreise Sprottau, den Rothen Adler-Orden  
dritter Klasse, sowie dem herzoglich schleswig-holsteinischen General-Director  
Suren zu Pirmasens den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.  
Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Rath Vollmar in Berlin  
zum Ober-Landesgerichts-Rath und den Gerichts-Assessor Knorr in Berlin  
zum Amtsrichter ernannt.

Der Notariats-Candidat Gustavus in Köln ist zum Notar für den  
Amtsgerichtsbezirk Bensberg, im Landgerichtsbezirk Köln mit Anweisung  
seines Wohnsitzes in Bergisch-Gladbach ernannt worden. — Der Canzlei-  
Diktator Kolsch ist als Geheimer Canzlei-Secretär bei dem Finanz-  
Ministerium angestellt worden.

Berlin, 4. März. [Bei den Kaiserlichen Majestäten] fand  
gestern eine kleine musikalische Abendunterhaltung für die noch  
anwesenden fremden Gäste statt, wobei Herr und Frau Arndt die  
Pavilla mitwirkten. Heute ließen sich, wie alljährlich, beide Kaiserliche  
Majestäten die Mannschaften der Berliner Feuerwehrröthe vorstellen, welche  
sich im Laufe des Jahres am meisten in ihrem schweren Dienste aus-  
gezeichnet haben. Der Prinz von Wales verabschiedete sich vor seiner  
Abreise bei den Kaiserlichen Majestäten.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] begab  
sich gestern früh um 8 Uhr zu Se. Hoheit dem Herzog von  
Sachsen-Coburg-Gotha und gab sich demselben das Geleit nach dem  
Anhalter Bahnhofe. Um 9 Uhr verabschiedete derselbe sich auf dem  
Anhalter Bahnhofe von Se. Königl. Hoheit dem Großherzog von  
Sachsen. Mit dem 10-Uhr-Zuge fuhr Se. Kaiserliche Hoheit nach  
Potsdam und kehrte Abends 7 Uhr mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der  
Kronprinzessin, welche mittels Extrazuges um 2 Uhr dorthin gefahren  
war, hierher zurück. Abends 9 Uhr stattete Se. Kaiserliche Hoheit  
dem Kronprinzen von Schweden einen Abschiedsbesuch ab und wohnte  
sobann mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin der Soliree  
bei Ihren Majestäten bei. (Reichsanz.)

Berlin, 4. März. [Minister-Conseil.] In einem der  
Ministerienimm der Reichstags fand heute Nachmittag 1 Uhr preußi-  
scher Minister-Conseil statt, in welchem zeitweise Fürst Bismarck den Vor-  
sitz führte. Man wollte wissen, es habe sich dabei um Erledigung  
der Ministerienfrage gehandelt, während es andererseits hieß, das Ar-  
beits-Versicherungsgesetz habe den Gegenstand der Berathung gebildet.  
Das letztere wird morgen bereits das Plenum des Bundesrathes be-  
schäftigen.

[Das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber  
lautender Anleihebescheine der Stadt Myslowitz im Betrage  
von 250,000 Mark] wird im „N. A.“ veröffentlicht.

[Militär-Wochenblatt.] v. Graberg, Major vom Generalstab der  
4. Div., zum Generalstab des fünften Armeecorps, v. Wittich u. Gaffron,  
Capitän vom großen Generalstab, zum Generalstab des sechsten Armeecorps  
berufen.

[Marine.] E. M. Abiso „Möwe“, 5 Geschütze, Commandant Cor-  
bettencapitän v. Rydhus, ist am 2. März c. in Melbourne eingetroffen.

## Provincial-Beitrag.

A. F. Breslau, 2. März. [Handwerkerverein.] Am jüngsten Ver-  
einsabend, für welchen ein Vortrag des Herrn Bergschullehrer Grund-  
mann aus Tarnowitz, „über die Eis- und Fluthzeit der Erde“ bei freiem  
Eintritt auch für Nichtmitglieder angelündigt war, hatte sich ein sehr zahl-  
reicher, den Saal bis auf den letzten Platz füllender Zuhörerkreis ein-  
gefunden, der den hochinteressanten Ausführungen des Vortragenden mit  
größter Aufmerksamkeit bis zum Schluß lauschte. Der Vortragende, Herr  
Ingenieur Rippert, dankte dem Vortragenden im Namen des Vereins.  
Der gemischte Chor des Vereins unter Leitung des Herrn Busse ersuchte  
hierauf die Versammlung mit einigen Gesangsvorträgen, während die zahl-  
reich eingegangenen Fragen der vorgeschrittenen Zeit halber theilweise nur  
kurz beantwortet, theilweise für den nächsten Vereinsabend referirt wurden.

— Roschin-Schoppin, 2. März. [Zur liberalen Wahlbewe-  
gung.] — Stiftungsfest. — Verein gegen Vetelei. In allen  
Orten regt es sich, um der liberalen Sache bei den Wahlen zum Siege zu  
ber Helfen, selbst in Gegenden, die früher nie fortschrittliche oder liberale  
Vertreter in das Parlament gesandt haben, gründen sich jetzt Vereine, um  
die demnächst stattfindenden Wahlen in liberalem Sinne vorzubereiten.

Auch aus Gleiwitz ist jüngst von Ihrem Referenten die Gründung eines libe-  
ralen Vereins auf fortschrittlicher Grundlage gemeldet worden. Nur der alte  
Kreis Deutscher scheint jener Bewegung gegenüber sich referirt zu verhalten.  
— Und doch bedarf es nur eines Rückblickes auf die sechziger Jahre und der  
Erinnerung an die damaligen, durchweg der Fortschrittspartei angehörigen  
Vertreter des Bundes, der Kreise: Kreisgerichtsrath Meide, Bergmeister  
Schmidt, Bürgermeister Leuchter, Dr. Auerbach, um zu begreifen,  
welche politische Strömung damals in unserer Kreise geherrschte hat, und  
sich zu stellen, daß auch jetzt noch die Vorbedingungen für die Verbreitung  
fortschrittlicher resp. streng liberaler Tendenzen nicht gänzlich fortgefallen  
sein können. Soffentlich wird es nur die Anregung bedürfen, um geeig-  
nete Männer im Kreise Deutscher resp. Rattowitz zur Gründung eines  
liberalen Vereins auf fortschrittlicher Grundlage zu veranlassen. Wenn  
uns auch bei den nächsten Wahlen noch nicht der Sieg sicher zu-  
fällt, so wird doch auf diese Weise ein fester Punkt gegeben sein, um  
welchen sich die Gleichgesinnten wieder wie in den 60er Jahren sammeln können.  
— Am 26. v. M. feierte die Schoppiniger Liedertafel ihr viertes Stiftungsfest.  
Chorlieder und Duette, sowie ein kleines Lustspiel wurden brav aufgeführt,  
das darauf folgende Langtränken dauerte bei heiterer Stimmung bis zum  
frühen Morgen. — Um die überhand nehmende Vetelei nach Kräften zu  
verhindern und dabei doch in humaner Weise mehr wie bisher für die  
Unterstützung der Ortsarmen Sorge zu tragen, ist heute von den Ortschaften  
Roschin, Schoppin und Buronow ein Verein gegen Vetelei gegründet  
worden. Die sehr starke Theilnahme aller drei Ortschaften bürgt dafür,  
daß der Verein nach Kräften seine Aufgabe erfüllen wird.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 4. März. Der Senat beschloß die Einfuhr von Leinen  
und Hanf zollfrei zu lassen und nahm für Petroleum die von der  
Kammer beschlossenen Zollsätze an.

London, 4. März. Unterhaus. Der Staatssecretair des Kriegs,  
Childers, theilt mit, daß Wood heute zum Generalmajor ernannt  
worden sei. Gladstone erklärt auf eine Anfrage Elcho's, er glaube,  
die Waffenruhe mit den Russen sei verlängert worden. Unterstaats-  
Secretair Dilke antwortet auf eine Anfrage Arnold's, er wisse nichts  
davon, daß die Russen Merw besetzt hätten oder demnächst besetzen  
würden. Lord Hartington erklärte Tylor gegenüber, die eng-  
lische Regierung habe den Rückzug der englischen Truppen von  
Kandahar noch nicht angeordnet, er glaube auch nicht, daß dies seitens  
der indischen Regierung geschehen sei. Demnächst nahm Parnell die  
Debatte über die zweite Lesung der irischen Waffenbill wieder auf,  
Parnell vertheidigte die gestrigen Ausführungen Dillon's und richtete  
heftige Angriffe gegen die Regierung.

London, 4. März. Die amtliche „Gazette“ publicirt den Aus-  
lieferungsvertrag zwischen England und Holland, ratificirt am 5. Janu-  
ar 1881 in Brüssel. Der Vertrag tritt zehn Tage nach Veröffentlichung  
in Kraft und ist auf sechs Monate kündbar.

Madrid, 4. März. Amtlicher Meldung zufolge ist Campos  
Agrado zum Gesandten Spaniens in Petersburg ernannt.

Petersburg, 4. März. Die „Agence Russe“ erklärt, die tele-  
graphische Meldung der „India-Times“ aus Kandahar, daß russische  
Truppen in Folge eines Uebereinkommens mit den Häuptlingen Merw  
besetzt, sei vollständig unbegründet. Die russischen Truppen hätten  
Kandahar nicht überschritten und keine Aufforderung seitens Merw er-  
halten, dorthin zu marschiren.

Bukarest, 4. März. Der Arbeitsminister brachte in der Kammer  
die Vorlage ein, betreffend die Organisation des Eisenbahndienstes  
und den Betrieb der Eisenbahnen.

Plymouth, 4. März. Der Hamburger Postdampfer „Westphalia“ ist  
hier eingetroffen.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 4. März, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —.  
Neueste Anleihe 1872 120, —. Türken 18, 30. Neue Egyptier 363, —.  
Banque ottomane —. Italiener 89, 55. Chemins —. Oester.  
Goldrente —. Ungar. Goldrente 98, 25. Spanien erster 21, 43, inter.  
— Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —.  
Türkenloose 50, 62. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-  
Anleihe —. Pariser Bank —. Fest.

Frankfurt a. M., 4. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-  
Course.] Londoner Wechsel 20, 497. Pariser Wechsel 80, 86. Wiener  
Wechsel 174, 40. Köln-Mindener-Stamm-Aktion 150%. Rheinische Stamm-  
Aktion 163. Hessische Ludwigsbahn 94%. Köln-Mind. Prämien-Anth.  
132%. Reichsbank 101%. Reichsbank 146%. Darmstädter Bank 147%.  
Meininger Bank 96%. Oester.-Ungarische Bank 71, 25. Creditactien\*)  
261%. Silberrente 66%. Papierrente 64%. Goldrente 78%. Ungarische  
Goldrente 98%. 1860er Loose 124%. 1864er Loose 315, 40. Ungarische  
Staatsloose 226, 80. Ungar. Odbahn-Obligat. II. 89%. Böhmische West-  
bahn 222%. Elisabethbahn 178%. Nordwestbahn 174%. Galizier 241%.  
Franken\*) 257. Lombarden\*) 95. Italiener 90%. 1877er Russen  
94%. 1880er Loose 76%. II. Orientanleihe 61%. III. Orientanleihe 61%.  
Central-Pacific 112%. Wiener Bankverein 111%. Kronpr. Rudolf —.  
Ungarische Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —.  
Privat-Discount — pCt. —. Spanien —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 262%. Frankfurter 256%. Galizier  
—. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —.  
II. Orientanleihe —. Oester.-Ungar. Bank —.

Hamburg, 4. März, Nachm. [Schluß-Course.] Preuss. 4proc.  
Conj. 10 1/2%, Hamburger St.-B.-A. 126, Silberrente 66%, Oest. Gold-  
rente 78%, Ung. Goldrente 98%, Credit-Actien 262%, 1860er Loose —,  
Franken 641, Lombarden —, Ital. Rente —, 1877er Russen 94%,  
1880er Russen 75%, II. Orient-Anl. 59%, Laurabütte 115%, Norddeutsche  
—, 5% Amerik. 93%, Rhein. Eisenbahn 162%, do. juncie 157, Berg-  
Markt. do. 114, Berlin-Hamburg do. 224, Altona-Kiel do. 156 1/2. Discount  
1 1/2% Fest.

Silber in Barren per Kilogr. 155, 90 Br., 155, 40 Gd.  
Wechselnotirungen: London lang 20, 39 Br., 20, 33 Gd., London kurz  
20, 52 Br., 20, 44 Gd., Amsterdam 167, 70 Br., 167, 10 Gd., Wien 173, 50  
Br., 171, 50 Gd., Paris 80, 25 Br., 79, 85 Gd., Petersburg 213, 00 Br.,  
209, 00 Gd., Newyork kurz 425 Br., 415 Gd., do. 60 Tage Sicht 417 Br.,  
407 Gd.

Hamburg, 4. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco un-  
ändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen  
pr. April-Mai 209, 00 Br., 208, 00 Gd., pr. Juni-Juli 214, 00 Br.,  
213, 00 Gd., Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Mai-  
Juni 187, 00 Br., 186, 00 Gd., Hafer und Gerste unverändert. Rüböl  
rubic, loco 66, 00, pr. Mai 55, 50. Spiritus fest, pr. März 47, 75 Br.,  
pr. April-Mai 47, 25 Br., pr. Mai-Juni 47, 25 Br., pr. Juni-Juli 47, 75 Br.,  
pr. Rasse matt, Umfah 1500 Sac. Petroleum rubig, Standard white loco  
9, 10 Br., 9, 00 Gd., pr. März 9, 05 Gd., pr. August-December 9, 40 Gd.  
Wetter: Frost.

Posen, 4. März. Spiritus pr. März 53, 30, pr. April 53, 70, pr.  
April-Mai 54, 00, pr. Juli 55, 50. Get. —. Winter. Flau.

Liverpool, 4. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)  
Rothmahlener Umfah 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 15,000  
Ballen, davon 12,000 B. amerikanische, 3000 B. ägyptische.

Liverpool, 4. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)  
Umfah 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 10,000 Ballen.  
Rubig. Mtbl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 6 1/2%, Juni-Lieferung 6 1/2%,  
Liverpool, 4. März, Nachmittags. [Baumwollen-Wochenbericht.]  
Wochenumsatz 51,000 Ballen, desgl. von amerikanischem 41,000, desgl. für  
Speculation 4000, desgl. für Export 3000, desgl. für wirtl. Conf. 44,000,  
desgl. unmittelbar ex Schiff 17,000, wirtlicher Export 3000, Import der  
Woche 62,000, davon amerikanische 32,000, Vorrath 711,000, davon ameri-  
kanische 537,000, schwimmend nach Großbritannien 421,000, davon ameri-  
kanische 349,000 Ballen.

Manchester, 4. März, Nachm. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water  
Taylor 8 1/2, 20r Water Whitwell 9, 30r Water Gidlow 9 1/2, 30r Water  
Clayton 10, 40r Mule Manoll 10 1/2, 40r Mule Wilkin 11 1/2, 36r Warp-  
copd Qualität Rowland 10 1/2, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston  
14, Brinters 10 1/2, 40r 8 1/2 pld. 96. Rubig.

Petersburg, 4. März, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel  
London 3 M. 25 1/2, do. Hamburg 3 M. 215 1/2, do. Amsterdam 3 M. —.

do. Paris 3 Mon. 266 1/2, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 226,  
do. de 1866 (gest.) 223 1/2, Russ. Anl. de 1873 137 1/2, Russ. Anl. de 1877 141,  
1/2-Imperial 7, 78, Große Russ. Eisenbahnen 252 1/2, Russ. Bodencredit-  
Anleihe 129 1/2, II. Orient-Anleihe 92%, III. Orient-Anleihe 92%,  
Bridandiscent 5 1/2%.

Petersburg, 4. März, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Salz  
loco 53, 40, pr. August 55, 40. Weizen loco 16, 40. Roggen loco 13, 25.  
Hafer loco 5, 75. Hanf loco 83, 00. Leinwand (9 Pud) loco 16, 60. —  
Wetter: Frost.

Wien, 4. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco  
fest, auf Termine höher, pr. Frühjahr 11, 32 Gd., 11, 37 Br., pr. Herbst  
10, 27 Gd., 10, 32 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 73. Mais pr. Mai-Juni  
5, 93 Gd., 5, 97 Br. Rüböl —. —. Wetter: Trübe.

Paris, 4. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.)  
Weizen rubig, pr. März 28, 50, pr. April 28, 30, pr. Mai-Juni 28, 25,  
pr. Mai-August 28, 00. Roggen rubig, pr. März 22, 10, pr. Mai-August  
21, 50. Mehl behauptet, pr. März 61, 60, pr. April 61, 30, pr. Mai-  
Juni 60, 80, pr. Mai-August 60, 80. Rüböl rubig, pr. März 72, 00,  
pr. April 72, 50, pr. Mai-August 74, 00, pr. September-December 75, 00.  
Spiritus rubig, pr. März 62, 00, pr. April 61, 50, pr. Mai-August 60, 00,  
pr. September-December —. —. Wetter: Milde.

Paris, 4. März, Nachmittags. Rohwider 88° loco rubig, 57, —.  
Weißer Zucker weichen, Nr. 3 per 100 Kar. per März 66, 80, pr. April  
67, 10, pr. Mai-August 67, 50, pr. September-December —.  
London, 4. März, Nachm. Savannaguder Nr. 12 24. Rubig.

Antwerpen, 4. März, Nachm. Vankazinn 52 1/2%.

Antwerpen, 4. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.)  
Weizen rubig. Roggen fest. Hafer still. Gerste unverändert.

Antwerpen, 4. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.]  
(Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 bez. und Br., pr. April  
23 Br., pr. September-December 23 1/2 bez. u. Br. Fest.

Dresden, 4. März, Nachmittags. Petroleum rubig. (Schlußbericht.)  
Standard white loco 9, 00 bez., pr. April 9, 00 Br., pr. Mai 8, 90 Br.,  
pr. August-December 9, 50 Br.

## Handel, Industrie etc.

Berlin, 4. März. [Börse.] Die Controberien über die Creditanstaltsbilanz,  
welche während der ganzen Woche der Schwerpunkt des Börsenverkehrs ge-  
wesen sind, haben mit der Festsetzung der Dividendenhöhe ihre Endschacht  
erreicht und ihren Einfluß verloren. Obgleich die Details der Bilanz noch  
nicht officiell bekannt gegeben sind, war dieselbe schon heute als Gegenstand  
der Discussion von der Tagesordnung gestrichen. Die Speculation fühlte  
sich von dem Drude, welchen das Ereigniß gestern ausgeübt, entlastet und  
überließ sich, freier aufatmend, der günstigen Strömung, welche von hier  
ausgegangen, an den auswärtigen Abendbörsen geherrschte hatte. Von  
allen Seiten waren animirte Coucoumanden eingelaufen, auch Paris  
berichtete steigende Tendenz. Der dortige Markt hat sich bereits mit  
dem Gedanken der Emission einer großen Summe 3procentiger amorti-  
sabler Rente, welche bisher als Schredgespenst betrachtet wurde, be-  
freundet, und ermutigt durch den glatten Verlauf der Liquidation  
alle Werthe, insbesondere aber Renten, in stark steigende Richtung  
gebracht. Hier erstreckte sich die feste Haltung gleichmäßig auf alle Ge-  
biete; der locale Speculationsmarkt zeigte ein so freundliches Bild, wie er  
es seit längerem nicht gesehen hat. Montanwerthe waren gefragt aus  
Anlaß der um 1/2 Sch. gestiegenen Glasgower Robeisennotiz. Banken  
legten die gestern begonnene Steigerung fort. Disconto-Commandit, wie  
auch Deutsche Bank gewannen ca. 2 pCt. Auch in heimische Bahnen kam  
einiges Leben, welches den Coursstand um Bruchtheile aufbesserte. Die  
österreichischen Nebenbahnen tendirten recht fest, größere Abschlüsse fanden  
aber nur in Duxern, Elbehalbahn und Nordwestbahn statt, welche letztere  
4 1/2 M. im Course profitirten. Franz. und Lomb. behaupteten bei guten Um-  
fängen ihren höchsten gestrigen Standpunkt, Creditactien, welche an der Wiener  
Frühbörse 293 — gegen 289,80 von gestern — notirten, wurden a 524 bis  
525 (gestriger Anfangscours 512) rege umgesetzt, die Bilanz bezeugt  
angekündigt der in der Aufstellung derselben sich documentirenden Vorzüge  
für die Zukunft nachdrücklich einer durchweg günstigen Auffassung. Der  
Rentenmarkt hatte sehr reges Leben aufzuweisen, die Course aller Gattungen  
stellten sich wesentlich besser, in Silberrente, Ungarischer Goldrente und  
1860er Loose fanden bedeutende Transactionen statt. Sehr begehrt waren  
auch russische Fonds, von welchen die 1880er Anleihe bevorzugt wurde und  
a 1/2 pCt. profitirte. Russische Noten stellten sich zwar höher, kamen aber  
nur wenig in den Verkehr. Im weiteren Verlaufe der Börse nahm die  
Lebhaftigkeit des Verkehrs ein wenig ab, auch die Course gaben zum Theil  
um Kleinigkeiten nach, die Tendenz blieb aber überall eine angenehme.  
Renten konnten ihre Steigerungen fortsetzen. Auf dem Gebiete der öster-  
reichischen Nebenbahnen kamen Aufschüßler auf ein einiger Geltung. Wiener  
Bankverein wurde bei 5 M. höherem Preise lebhaft umgesetzt. Schluß auf  
steigende Pariser Course recht fest.

Course um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 526,50, Frankosen 515,50, Rom-  
barden 191,00, Reichsbank 146,70, Disconto-Comm. 178,50, Handels-Gesell-  
schaft —, Laurabütte 116,00, Dortmund-Union 91,50, Bergische 114,12,  
Rheinische Rente 93,87, Türken —, Italiener 89,87, Oesterreichische  
Gold-Rente 78,50, dito Silber-Rente 66,75, dito Papier-Rente 64,50,  
Ungarische Goldrente 98,12, 5proc. Russen 1877 97,00, do. 1880er 76,87,  
Rhein-Mindener —, Rheinische —, II. Orient-Anleihe 61,62 do. III.  
61,37, Russische Noten 213,75, Wiener Bankverein 225, Aufschüßler 74,62,  
Jahresanleihe 95,25.

Coupons. (Course nur für Besten.) Oester. Silber-Coup. 173,80  
bez., do. Eisenbahn-Coupons 173,80 bez., do. Papier in Wien zahlbar  
min. 40 Pf. I. Wien, Amerikanische Gold-Doll.-Bonds 420 Gd., do.  
Prioritäten 420 Gd., do. Papier-Dollar 420 Gd., 6% New-York-City  
420 bez., 4% Central-Voden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min.  
75 Pf. I. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.  
Zoll 20,52 bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsb. — bez., Russ.  
Vorden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-  
Teresopol — bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse  
in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. 20 Pf. Amsterdam,  
Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Str.-  
Obligat. 20,43 bez.

Königsberg i. Pr., 4. März. [Die Betriebseinnahme der Ost-  
preussischen Südbahn] pro Februar 1881 betrug nach vorläufiger Fest-  
stellung: Im Personenverkehr 50,146 M., im Güterverkehr 131,406 M., an  
Extraordinarium 12,000 M., zusammen 193,552 M., im Monat Februar  
1880 definitiv 253,474 M., mitbin 1881 weniger 64,922 M. Vom 1. Ja-  
nuar bis ult. Februar 1881 im Ganzen 426,318 M. gegen 559,873 M. im  
Jahre 1880, mitbin weniger 133,555 M.

Paris, 4. März. Bezüglich des von der „Times“ gemeldeten Betrages  
der neu zu emittirenden 3procentigen amorfisablen Rente berweigert die  
Regierung jede Auskunft. Der Emissionscours ist, wie die meisten Journale  
glauben, noch nicht festgestellt.

Magdeburg, 4. März. [Zuckerbericht.] Rohwider. Während der  
letzten 8 Tage hatten wir, was I. Producte anbetrifft, einen stillen Markt; der  
Export beehrte Kornzuckern in sehr geringem Maße und auch die inländi-  
schen Raffinadeure traten nur vereinzelt als Käufer auf. Da nun das An-  
gebot ein ziemlich umfangreiches war, mußten sich Verkäufer in einen Ab-  
schlag von 20—30 Pf. fügen. Die Mehrzahl der Offerten wurden jedoch  
bei diesen niedrigen Geboten zurückgezogen. Für Nachproducte war im  
Durchschnitt ausreichende Frage und haben sich die für den Export rentiren-  
den Qualitäten fest behauptet, nur die hochpolirten Sorten verloren  
20 Pf. Umgesetzt wurden 90,000 Centner, zu einem großen Theile aus  
Nachproducten bestehend. Raffinirte Zuckern behaupteten bei ruhiger, jedoch  
fester Tendenz unseres Marktes ihren vorwöchentlichen Preisstand und  
wurden während der verfloffenen 8 Tage 36,000 Brode und 5,500 Centner  
gemahlene Zuckern umgesetzt. Melasse M. 4,80—5,00 42—43° B. effectiv  
ercl. Zonne.

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts- Sternwarte zu Breslau.

März 4, 5.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Außwärme — 2°5	— 2°5	— 4°1	— 8°4
Außdruck bei 0° (mm)...	752,2	750,5	748,6
Dampfdruck (mm).....	1,9	2,5	2,1
Dampfspannung (pCt.)...	50	75	88
Wind .....	NW. 1.	ND. 1.	SD. 1.
Wetter .....	trübe.	trübe.	bejogen.

Wasserstand. Breslau, 5. März. D.-B. 4 M. 90 Cm. U.-B. — M. 14 Cm.  
4. März. D.-B. 4 M. 88 Cm. U.-B. — M. — Cm.  
S i s t a n d.



[illegible]

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1879.	Div. pr. 1880.	Appoints	Empfängl.	Cours.
Nachen-Mündener Feuer-Vers.-G.	70	—	1000 Mk.	20%	8340 B.
Nachener Rückversich.-Ges.	45	—	400	"	2100 B.
Verl. Land-u. Wassertransp.-B.-G.	30	—	500	"	1100 G.
Verl. Feuer-Versich.-Anstalt	24	22	1000	"	2050 B.
Verl. Hagel-Assicuranz-Ges.	10	5	1000	"	620 B.
Verl. Lebens-Versich.-Ges.	26%	—	1000	"	3050 G.
Berlin-Rölnener Feuer-Vers.-Ges.	7%	—	1000	"	—
Colonica, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000	"	6900 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	—	1000	"	1950 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	8%	9	1000	"	925 G.
Deutscher Lloyd	12%	—	1000	"	875 B.
Deutscher Rhönig.	35	—	1000 500 fl.	"	1817 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	0	—	1000 Mk.	"	—
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	—	1000	10%	1600 B.
Düsseldorf. allg. Transport-V.-G.	30	—	1000	"	1200 B.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	40	—	1000	20%	4580 B.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	10	—	1000	"	950 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	13%	—	500	"	770 B.
Glabbacher Feuer-Versich.-Ges.	5	—	1000	"	1000 B.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	14	—	500	"	335 B.
Kölnische Rückversich.-Ges.	12	—	500	"	560 B.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	100	—	1000	40%	10850 G.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	5	—	100	boll	336 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	30	25	1000	20%	2485 G.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	20	0	500	40%	300 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	6	—	500	20%	340 G.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	11	11	100	boll	595 B.
Niederrh. Güter-Allg.-G. zu Wesel	30	—	500	10%	705 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	12	—	1000	20%	1180 G.
Odenburger Versich.-Ges.	0	5	500	"	285 G.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	20	—	500	"	269 B.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	11	12%	500	"	540 B.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	18	—	400	25%	775 B.
Providentia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	14%	18%	1000 fl.	10%	—
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	22	—	1000 Mk.	"	820 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	7%	—	500	"	150 B.
Sächsisch. Rückversich.-Ges.	50	—	500	5%	505 G.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	22	—	500	20%	1050 B.
Schuringia, Versich.-G. zu Erfurt	13%	—	1000	"	1350 G.
Transatlant. Güter-Vers.-Ges.	20	—	1500 Mk.	"	700 G.
Union, allg. deutsch. Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	11	—	500 Mk.	"	285 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.-Actien-Ges.	20%	—	1000	"	2150 G.
Westf. Feuer-Versich.-Actienbank	8	—	1000	"	895 G.

**Wreslau, 5. März, 9½ Uhr Vorm.** Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise preisbalend.

Weizen in fester Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,90 bis 20,50—21,40 Mart, gelber 17,90—19,50 bis 20,40 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur seine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 19,30 bis 20,00 bis 20,50 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mart, weiße 16,40 bis 17,00 Mart.

Hafer behauptet, per 100 Kilogr. 13,80—14,20—14,80 bis 15,20 Mart, feinster über Notiz bezahlt.

Weizen preisbalend, per 100 Kilogr. 13,00—13,30—13,60 Mart.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kgr. 17,50—18,50 bis 20,50 Mart, Victoria: 20,00—21,00—21,50 Mart.

Bohnen schwacher Umlauf, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 M.

Lupinen behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—9,60—10,00 Mart, blaue 9,20—9,50—9,80 Mart.

Weizen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mart. Delikaaten sehr fest.

Schlaglein preisbalend.

Leinfaden in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,40—60 Mart, fremde 8,40—8,80 Mart.

Kapseln un verändert, per 50 Kilogr. 6,90—7,19 Mart, fremde 6,50—6,70 Mart.

Pr. 100 Kilogramm netto in Markt und Bf.  
 Schlag-Leinsaat . . . 26 — 24 59 23 —  
 Wintertraps . . . 23 56 22 75 21 75  
 Wintererbsen . . . 22 75 22 — 21 25  
 Sommererbsen . . . 23 50 22 — 21 25  
 Leinbutter . . . 22 — 21 50 21 —  
 Kleefamen schwacher Umfab, rother unverändert, per 50 Kilogr. 34—38  
 bis 40—45 Markt, hochfeiner über Notiz, — weißer ruhig, 38—50—60—68  
 Markt, hochfeiner über Notiz.  
 Zannentlee behauptet, per 50 Kilogr. 32—40—45 Markt.  
 Thymothee preisfallend, per 50 Kilogr. 23—25—27 Markt.  
 Mehl ohne Menderung, per 100 Kilogr. Weizen feine 30,25—30,75  
 Markt, Roggen fein 31,00—31,75 Markt, Hausbuden 29,75—30,75 Markt.  
 Roggen-Zuttermehl 11,00—12,00 Markt. Weizenkleie 9,25—9,75 Markt.  
 Heu 2,80—3,00 Markt per 50 Kilogr.  
 Roggenstroh 21,00—24,50 Markt per Schock à 600 Kilogr.

---

## Vermischtes.

---

**[Ein Brief Molitte's.]** Der Pariser Special-Correspondent der „Nat.-Ztg.“ meldet: Die Journale enthalten einen Brief des Feldmarschalls Grafen von Molitte an den in Nizza lebenden Kuxen Goubarov, Comité-Mitglied des Vereins zur Reform der internationalen Geseßgebung. In diesem Briefe hält Graf Molitte die in dem bekannten Schreiben an Professor Blumfist ausgesprochenen Ansichten aufrecht. Er hebt sodann hervor, daß Geschichte unseres Jahrhunderts beweise, daß Deutschland niemals den Krieg erklärt habe. Deutschland habe jetzt seine Einheit erreicht, also kein Bedürfnis, sich in einen abenteuerlichen Krieg zu stürzen; es sei aber stets bereit zur Vertheidigung. Graf Molitte drückt schließlich den Wunsch aus, daß diese Nothwendigkeit niemals eintreten möge.

**[Die Voers — Franzosen.]** Nachdem die neuesten großtartigen Siege der plattdeutschen Bauern in Afrika neuerdings die Aufmerksamkeit der Welt erregt haben, kommen die Franzosen heran und theilen derselben Welt mit, daß die Voers Franzosen sind! Zuerst der halbfranzösische „Nord“ und dann der ganz franz. „Figaro“ haben die Entdeckung gemacht. Als Beweisstück wird zunächst ein Heiraths-Altest eines Vorfahren des bekannten Volksrathes Joubert vorgeführt. Dasselbe kann immerhin einiges Interesse in Anspruch nehmen, wenn es sich auch nicht um Franzosen, sondern um — Wallonen handelt. Im Register der wallonischen Gemeinde Brielle findet sich folgendes Altest: „Am 1. Februar 1688 fand in der wallonischen Kirche von Brielle die Heirath des Pierre Joubert, geboren zu La Motte-Aiguës in der Probence, und der Susanne Rebue von La Roque in der Probence statt; Beide schiffen sich auf dem Fahrzeug „Monte Sinai“, welches nach dem Cap der guten Hoffnung geht, dessen Capitain Samuel Van Groll ist, ein, nach vorübergegangener dreimaliger Anfechtung, wie es Brauch ist. . . .“ Dazu giebt „Figaro“ die folgende Note: „Man weiß, daß ein guter Theil der „jogennanten“ Voers französischen Ursprungs ist, daß ihre Vorfahren durch das Exil von Nantes aus Frankreich vertrieben, nach den Niederlanden gingen und sich dann nach dem Cap der guten Hoffnung einschifften; jedoch giebt es unter ihnen auch welche, die von Deutsch abstammen. . . .“ Man muß es dem tapfern „Figaro“ zugute halten, daß er die tapferen Voers als Franzosen reclamirt; die zahlreichen, echt niederdeutschen Niederlassungen, welche die Voers in Transbaal und in ganz Süd-Afrika gründeten, werden dadurch doch noch nicht französische Plätze. Thatsache ist übrigens, daß neben den plattdeutschen Niederlassungen sich auch jene von französischen Hugonotten befinden, welche auf etwa ein Fünftel der Gesamtzahl berechnet werden. Die Wallonen haben sich zum Theil mit den Holländern durch Heirath amalgamirt, so wie es auch in den Niederlanden zwischen Flämändern und Wallonen der Fall ist. Die dominirende Sprache der Voers ist, wie auch die zahlreichen Ortsnamen andeuten, die niederdeutsche, ganz ähnlich der holländischen Sprache.

**[P. L. Rottmann +.]** In der „Volks-Ztg.“ lesen wir: In Simmern auf dem Hunsrück ist am 27. Februar ein Mann aus dem Leben geschieden, dessen Name im ganzen Rheinland mit aufrichtiger Bewunderung genannt wird, nämlich der ehem. Bürgermeister der Stadt P. L. Rottmann. So sehr Rottmann um seiner treuen, rühmlichen Amtsführung willen in Simmern verehrt wurde, so hätte diese Wirksamkeit wohl seinen Namen nicht über die Stadtgrenze hinaus bekannt gemacht, aber er war mehr als Bürgermeister, er war Volksdichter im besten Sinne des Wortes. Es wird viel dem Reuter'schem Humor gefaselt, sobald einer der zahlreichen Nachtreter des berühmten plattdeutschen Dichters in derselben Mundart ein Buch veröffentlicht. Wir haben es jüngst bei einer Besprechung pläjälicher Gedichte erwähnt und wiederholen es an dieser Stelle nochmals, von allen Volksdichtern der Gegenwart ist nach unserer Ansicht keiner in seinen Werken dem Reuter'schen Humor so nahe gekommen als Rottmann, der Dichter in hunsrückischer Mundart. Die Gedichte dieses Mannes haben fünf oder sechs Auflagen erlebt, wäre die Mundart, in welcher er dichtete, nicht so schwer verständlich, seine humor- und geistvollen Gedichte müßten aber ganz Deutschland hin verbreitet sein. Rottmann's Gedichte haben stets eine scharfe und überraschende Schlußpointe. Außer dem derben Humor, der die Gedichte Rottmann's auszeichnet, haben jene noch den Vorzug, daß sie die Gebräuche und Sitten in der Heimath des Dichters schildern. Für alle Eigenthümlichkeiten des Volkslebens und des Bauerncharakters hatte er ein scharfes Auge und die glückliche Darstellungsgabe. Die Arbeit des Bauern zog ihn unwiderstehlich an, und sie brachte er in seinen poetischen Darstellungen in köstlicher Weise zum Ausdruck. Rottmann ist 82 Jahre alt gestorben; er entstammte einer langbeinigen Familie, und sein Vater hat es wohl auf die Hundert gebracht. Vierundzwanzig Jahre lang besaßerte er in seiner Vaterstadt Simmern das Amt des Bürgermeisters und in dieser Stellung erwarb er sich die Liebe und höchste Achtung seiner Mitbürger. Auch in diesem Wirkungskreis schlug ihm sehr oft der Schalk in den Nacken und viele seiner scherzhaften Bemerkungen drangen über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus. Eines Tages stellte sich ihm ein Brautpaar zur Eheschließung vor, auf welches sich das Wort anwenden ließ: Die Hochzeit ist eine hohe Zeit, ja zuweilen die höchste Zeit. „Wie alt sind Sie?“ fragte der Bürgermeister die Braut. „Ja, lieber Herr, so genau erinnere ich mich nicht mehr der Zahl, antwortete diese, ich werde wohl so zwischen dreißig und vierzig sein.“ „Um ganz sicher zu gehen, schreiben wir fünfzig“, bemerkte Rottmann mit tiefem Ernst Gesicht und fährt fort. Ein anderes Mal soll er einen notorischen Lump und Launenich mit einer Buhmädchen vernähmeln. „Vor wir zum Acte der Eheschließung schreiten, muß ich eine ernste Vorfrage an die Jungfer Braut stellen“, beginnt Rottmann. Diese erhob sich tief, der Bräutigam aber nimmt eine herausfordernde Miene an. „Welchen Sie auch die Mittel, um diesen Mann ernähren zu können?“ — Als Rottmann bereits ein hohes Alter erreicht hatte, erblindete er und mußte seiner Thätigkeit als Stadthaupt entsagen. Im Jahre 1877 unterzog er sich in Düsseldorf einer doppelten Staroperation, die sehr schmerzhaft, aber vom besten Erfolg gekrönt war. Als in sein hohes Alter hinein trat er sich eine seltene Frische des Geistes und Wärme des Herzens bewahrt. Bei Volksfesten hat er nie gefehlt, und wo er erschien, verbreitete er durch seinen Frohsinn und schlagfertigen Witz die lauterste Heiterkeit. Als Dichter sprach er einst die Bitte aus: „Ein freundschaftliches Angebot, das dußt der mer doch schenke.“ Das freundschaftliche Angebot hat er sich gesichert durch seine poetischen Schöpfungen. In seiner Heimath sind Rottmann's Gedichte in Jedermann's Munde.

**[Fitterwochen.]** Es dürfte wohl nicht uninteressant sein, zu erfahren, wie das Wort Fitterwochen bei verschiedenen Nationen heißt und was es bei denselben für eine Bedeutung erhält. Die Fitterwochen heißen in Frankreich semaine de plaisir (Vergnügungswoche), in England honeymoon (Hönigmonat), in Schweden smekmanad (Streichelmonat), in Dänemark brodebrodsdagene (Weißbrodtage), in den Niederlanden wittebrodsweken (Weißbrodwochen), in Polen tydzien miodyw (Honigwoche), in Portugal semana dos prazeres (Woche der Lustbarkeiten); die Spanier aber geben den „Fitterwochen“ keine längere Dauer, als dem Hochzeitsfuchen und nennen sie danach el pan de la boda (das Brod der Hochzeit).

---

## Stadt-Theater.

Sonnabend. 132. Abonnement. Erstes  
 Gastspiel des k. k. Hofopernsängers  
 Herrn Leonard Labatt vom Hof-  
 operntheater in Wien: „Die Jüdin.“  
 Große Oper mit Tanz in 5 Acten  
 v. Halevy. (Cicely, Fr. L. Labatt.)

---

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.  
 Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.